

sischen Armee verwickelten deutschen Verbände mussten sich unter Preisgabe ostpreussischer Gebiete in Richtung Weichsel zurückziehen, um nicht von der von Süden nach Ostpreußen vorstoßenden 2. russischen Armee eingeschlossen zu werden. In dieser schwierigen Situation übernahm der reaktivierte General Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (► 10.29) den Oberbefehl über die deutsche Armee. Ihm wurde als Generalstabschef der Generalleutnant Erich Ludendorff (► 9.30) zugeteilt, der sich bereits beim Vormarsch in Belgien ausgezeichnet hatte. Der neuen Armeeführung gelang es, in einer fünftägigen Schlacht Ende August 1914 bei Tannenberg mit einer kühnen Umfassungsaktion die 2. russische Armee einzuschließen und vernichtend zu schlagen. Wenige Tage später errangen die deutschen Truppen in der Schlacht an den Masurischen Seen auch über die 1. russische Armee einen entscheidenden Sieg. Mit zahlenmäßig unterlegenen Kräften und relativ geringen eigenen Verlusten war den überlegenen russischen Streitkräften eine empfindliche Niederlage beigebracht worden. Über 137 000 russische Soldaten gingen in die Gefangenschaft. Die psychologische Wirkung der eindrucksvollen Siege von Tannenberg und den Masurischen Seen auf die deutsche Bevölkerung war nach der Enttäuschung über den Ausgang der *Marneschlacht* (► 9.16) ungeheuer; der Hindenburg-Mythos entstand. Als Hindenburg und Ludendorff im Sommer 1916 die 3. *Oberste Heeresleitung* (► 9.21) übernahmen, erhoffte sich die Bevölkerung eine Wende im Kriegsgeschehen und ein baldiges siegreiches Ende des schon zu lange andauernden Krieges. 1927 errichtete die deutsche Regierung auf dem Gelände der Tannenbergschlacht ein monumentales Nationaldenkmal. Hindenburg war zu dieser Zeit Reichspräsident. Nach seinem Tode ließ Hitler (► 11.2) ihn dort im August 1934 in einem Staatsakt beisetzen.

## 9.18 Stellungskrieg und Materialschlachten

Nach der *Marneschlacht* (► 9.16) und dem gescheiterten Versuch der deutschen Truppen, in einem »Wettlauf zum Meer« mit dem Gegner die für den britischen Nachschub wichtigen Kanalhäfen einzunehmen (November 1914), stan-

den sich die alliierten und deutschen Heere auf einer Frontlänge von rund 700 km von der belgischen Küste bis zur Schweizerischen Grenze gegenüber. Der Bewegungskrieg erstarrte zum Stellungskrieg. Ein Schützengrabensystem entstand mit Lauf- und Verbindungsgräben zu den rückwärtigen Stäben, zu Nachschub- und Versorgungsstellen und Feldlazaretten. Der Unterstand, mit Bohlen, Brettern und anderem Material notdürftig befestigte Erdlöcher, wurde der Aufenthalts- und Schutzraum der Frontsoldaten der vordersten Linien auf beiden Seiten. Niemand von ihnen ahnte in diesem ersten noch relativ ruhigen Kriegswinter 1914/15, dass er dieses Schützengrabendasein, wenn er überlebte, mehr als drei Jahre, bis zum Frühjahr 1918, auszuhalten hatte. Aber es kam noch viel schlimmer. Mit einem massiven Einsatz von schweren und schwersten Artilleriewaffen, der sich von Schlacht zu Schlacht immer mehr steigerte, gigantische Ausmaße annahm, versuchten die Alliierten mehrfach im Jahre 1915, an einem begrenzten Frontabschnitt das deutsche Grabensystem niederzuwalzen und für den nachfolgenden Angriff ihrer Infanterieeinheiten sturmreif zu schießen, um einen Durchbruch zu erzwingen. Jeder Versuch misslang unter ungeheuren Blutopfern an Toten und Verwundeten, die für die Angreifer aber noch ungleich größer waren als für die Verteidiger. Im Frühjahr 1916 begann eine deutsche Großoffensive auf die französische Maasfestung *Verdun* (► 9.19), den herausragenden Eckpfeiler der französischen Frontlinie. Auch dieser Angriff scheiterte nach viermonatigem mörderischem Ringen wie die vornehmlich von Briten getragene gewaltige Schlacht an der Somme von Juli bis November 1916. Ergebnis dieser Materialschlachten war auf beiden Seiten die Erkenntnis, dass trotz des unvorstellbaren Einsatzes von Menschen und Waffen die Verteidigung nicht überwunden werden konnte, sofern diese in der Lage blieb, ihre eigenen Verluste relativ schnell und annähernd gleichwertig wieder zu ersetzen. Hier aber machten sich auf deutscher Seite bereits 1916 zunehmend die materielle Unterlegenheit bemerkbar und das Fehlen frischer und gut ausgebildeter Reserven. Den 1917 von den Alliierten fortgesetzten Versuchen, an irgendeinem Frontabschnitt einen entscheidenden Durchbruch zu erzwingen, jetzt auch mit der neuen Wunderwaffe der Tanks, begegnete die

*Oberste Heeresleitung* (► 9.21) unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (► 10.29) und Generalquartiermeister Erich Ludendorff (► 9.30) mit einer elastischeren Kriegführung, bei der aus taktischen Gründen auch Gelände aufgegeben wurde, wenn dadurch in der Gesamtlinie der Front Vorteile erreicht werden konnten. So wurde auch der anfänglich durch die Tanks verursachte Schock von der Fronttruppe überwunden. Im Osten und Südosten durchbrachen dagegen immer wieder Offensiven der Mittelmächte den Stellungskrieg, ohne jedoch kriegsentscheidende Siege erringen zu können. Erst im Frühjahr 1918, als im Osten mit dem jetzt revolutionären Russland der *Friede von Brest-Litowsk* (► 9.26) geschlossen war, ging die deutsche Heeresleitung mit der *Frühjahrs Offensive* (► 9.28) im Westen wieder zum Angriffskrieg über.

## 9.19 Verdun

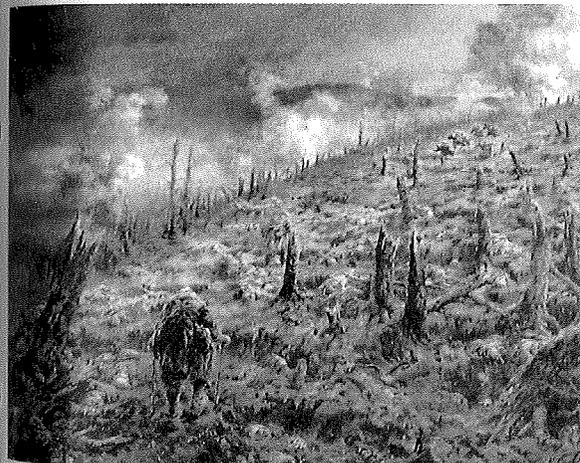
Nachdem die Durchbruchversuche der Alliierten in den Materialschlachten des Jahres 1915 am Widerstand der deutschen Fronttruppen gescheitert waren, setzte die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) am 21. Februar 1916 zum Großangriff auf die stark befestigte und durch Außenforts gesicherte französische Festung Verdun an. In einem monatelangen erbitterten Ringen wurde um jeden Meter Boden, um jede Anhöhe gekämpft, das Fort Douaumont wechselte mehrfach den Besitzer. Die Eroberung der Festung gelang nicht, auch der Plan der OHL,

mit dem gewaltigen Einsatz von Menschen und Material die gegnerischen Kräfte im Sinne der Ermattungsstrategie »ausbluten« zu lassen, schlug fehl. – Nachdem im Juni 1916 wegen des britischen Großangriffs an der Somme starke deutsche Kräfte von der Verdunfront abgezogen werden mussten, gingen die geringen Geländegewinne und Fort Douaumont wieder verloren.

Die deutschen Verluste betragen 338 000, die französischen 364 000 Tote. Die Franzosen feierten die Schlacht um Verdun als Sieg und als Beweis ihrer Widerstandskraft. Für beide Völker steht der Name Verdun als Symbol für die Materialschlachten des 1. Weltkrieges und im Zeichen der heutigen deutsch-französischen Freundschaft als ein Mahnmal für die Sinnlosigkeit des Krieges und die Notwendigkeit der Verständigung unter den Völkern.

## 9.20 Kriegsziele

Die Frage, wie Europa nach diesem Kriege aussehen sollte, beschäftigte die Politiker, die Militärs und die Völker in allen Krieg führenden Staaten seit Beginn des Krieges am 1. August 1914. In Deutschland war anfänglich die öffentliche Erörterung von Kriegszielen untersagt, um die bei Kriegsausbruch erzielte Einmütigkeit des Volkes nicht zu gefährden. Vor allem vom *Alldeutschen Verband* (► 9.4) und anderen nationalistischen Gruppen wurden schon früh überzogene annexionistische Forderungen gestellt, über die seit 1916 zunehmend auch der Reichstag debattierte. Man ging dabei ganz



◀ Die vom 21. Februar bis Mitte Dezember 1916 andauernde Schlacht um die französische Festung Verdun wurde zum Symbol für die Schrecken der Materialschlacht in dem von der Artillerie dominierten Stellungskrieg. Zeitgenössisches Gemälde »Die Todesschlucht von Verdun« von Joseph Ferdinand Gueldry

selbstverständlich von einem deutschen Sieg aus. Die deutschen Kriegszielvorstellungen liefen im Westen darauf hinaus, Frankreich so zu schwächen, dass es seinen Großmachtstatus verlieren würde, das Industriegebiet um das Erzbecken von Briey sollte annektiert werden; ob Frankreich zusätzlich Küstengebiete und den Westhang der Vogesen abtreten sollte, wurde der Beurteilung durch das Militär überlassen. Belgien wollte man in einen »Vasallenstaat« mit einem verselbstständigten Flandern umwandeln. Im Osten, wo es hauptsächlich um Polen ging, sollten die entsprechenden landwirtschaftlichen Nutzflächen annektiert werden, um die Ernährung der im Westen neu zu gewinnenden Gebiete sicherzustellen. Die den Osten betreffenden Kriegsziele hätten mit Österreich-Ungarn abgestimmt werden müssen, doch kam es nie zu einer verbindlichen Abmachung zwischen den verbündeten Staaten. Aus deutscher Sicht geriet die Habsburgermonarchie immer mehr in deutsche Abhängigkeit, so dass man sich über deren Wünsche teilweise hinwegsetzte.

Die Möglichkeiten eines Sonderfriedens mit Russland wurden ebenfalls diskutiert, ebenso die Revolutionierung des Zarenreiches, um eine Beendigung des Krieges im Osten zu erreichen. Durch die Proklamierung des Königreiches Polen durch die Mittelmächte wurde jedoch diese Möglichkeit verbaut. Im Zusammenhang mit den militärischen Erfolgen an der Ostfront steigerten die Alldeutschen noch ihre Ansprüche und forderten die baltischen Staaten und Galizien für das Deutsche Reich. Im Gegensatz zu diesen nationalistischen Vorstellungen hielten lediglich die Sozialdemokraten an einem Verständigungsfrieden fest, einem Frieden ohne Annexionen.

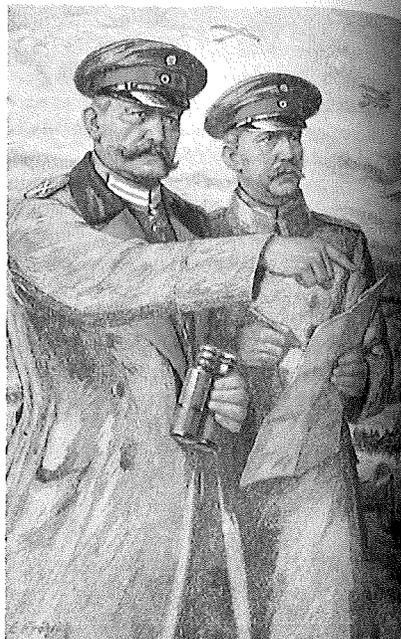
Nicht minder radikal waren die Forderungen der Franzosen. Sie verlangten nicht nur die Rückgewinnung Elsass-Lothringens und die Freigabe Belgiens, sondern auch den Erwerb des Saargebietes und teilweise sogar die Rheingrenze. Im Osten sollte der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn in mehrere kleine Nationen aufgelöst werden.

Großbritanniens Forderungen beschränkten sich auf die Zerstörung der deutschen Flotte und die Übernahme der deutschen Kolonien. Deutschland sollte als Kontinentalmacht erhalten bleiben. Die amerikanischen Kriegsziele legte der amerikanische Präsident Wilson in ei-

ner Botschaft an den Kongress am 8. Januar 1918 dar (*Wilson's 14 Punkte*, ► 9.27). Die meisten der alliierten Kriegsziele wurden im *Versailler Vertrag* (► 10.11) verwirklicht.

### 9.21 3. Oberste Heeresleitung

Der erste Oberbefehlshaber Helmuth von Moltke war nach dem Misslingen der deutschen Offensive in der *Marneschlacht* (► 9.16) abgelöst worden, sein Nachfolger General Erich von Falkenhayn nach dem Scheitern seines Konzeptes der »Abnutzungsschlacht« bei Verdun (► 9.19). Im Sommer 1916 bildete der Sieger von Tannenberg, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (► 10.29), mit seinem Stabschef, dem General *Erich Ludendorff* (► 9.30), die 3. Oberste Heeresleitung (OHL).



▲ Ab August 1916 bilden Generalfeldmarschall von Hindenburg (links) und General Erich Ludendorff als sein Stabschef die »3. Oberste Heeresleitung«, die fortan weitgehend die Politik des Deutschen Reiches bestimmte (zeitgenössische Bildpostkarte)

Mit großen Erwartungen blickte die deutsche Bevölkerung auf diese neue Führung und erliefte sich vor ihr eine entscheidende Wende in dem schon zu lange dauernden Krieg und ein baldiges siegreiches Ende. »Oberster Kriegsherr« war der Kaiser, aber er war während des Krieges immer mehr in den Hintergrund getreten und überließ nun den beiden, bisher an der Ostfront so erfolgreichen Feldherren weitgehend die Führung. Die 3. OHL schaltete sich zunehmend auch in politische Entscheidungsprozesse ein. Hier war Ludendorff eindeutig die bestimmende Kraft; er war davon überzeugt, dass die militärische Führung im Krieg auch die Kontrolle über die Politik, im Innern und nach außen, Zustand. So setzte sich z. B. die OHL über die Entscheidung, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg (► 9.23) 1917 erneut anzuordnen, über den Einspruch des Reichskanzlers Theodor von Bethmann Hollweg hinweg und provozierte damit den Kriegseintritt der USA an der Seite der Alliierten. Nach dem Sturz des Reichskanzlers, an dem Ludendorff wesentlichen Anteil hatte, beherrschte die OHL praktisch das politische Geschehen. Der mit dem bolschewistischen Russland Anfang März 1918 geschlossene *Friede von Brest-Litowsk* (► 9.26) war ein Diktatfrieden, der die schwierige Lage der friedenswilligen Revolutionäre ausnutzte. Ludendorffs Versuch, im Frühjahr 1918 mit der Märzoffensive (► 9.28) im Westen die Entscheidung zu erzwingen, scheiterte nach Anfangserfolgen. Unter dem Druck der alliierten Gegenoffensiven erklärte die OHL im August die Fortführung des Krieges für aussichtslos und forderte schließlich, am 29. September, die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen. Ludendorff wurde am 26. Oktober entlassen, mit seinem Nachfolger, General Wilhelm Groener, führte Hindenburg nach Abschluss des *Waffenstillstandes* (► 9.33) am 11. November 1918 das Frontheer in die Heimat zurück.

### 9.22 Kohlrübenwinter

Die deutsche Wirtschaft war auf einen langen Krieg nicht vorbereitet, die Auswirkungen der englischen Seeblockade, mit der zunehmend die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln auf neutralen Schiffen völkerrechtswidrig unverbunden wurde, machten sich immer mehr bemerkbar. Seit 1915 waren die Lebensmittel ra-

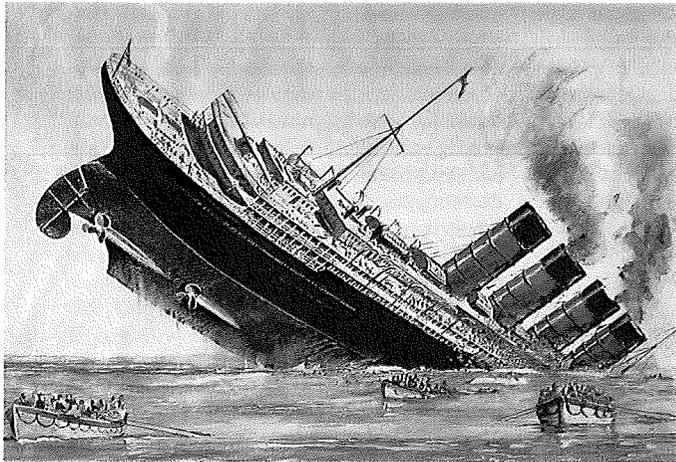
tioniert, aber auch die in den Lebensmittelkarten regulierten Zuteilungsmengen an Brot und Kartoffeln verringerten sich ständig, da die Ernteerträge infolge fehlender Düngemittel und Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ständig zurückgingen. Am schlimmsten traf die vor allem in den Städten bereits hungernde Bevölkerung der Kriegswinter 1916/17, nachdem die Kartoffelernte des Jahres 1916 außerordentlich schlecht ausgefallen war; sie betrug nur 50% der Vorjahresernte. Dafür wurden als Ersatz, ebenfalls rationiert, Kohlrüben ausgegeben, teilweise auch Steckrüben genannt. Die unterschiedliche Ernährungssituation zwischen den Städtern und der Bevölkerung auf dem Lande führte zu Schwarzhandel und Wuchergeschäften. In krassm Gegensatz zu der Masse der darbenenden und hungernden Bevölkerung entstand die Schicht der Kriegsgewinnler. Die in den ersten Kriegsmonaten gezeigte Einmütigkeit der Bevölkerung zerbröckelte allmählich. Insgesamt starben in den Kriegsjahren 1914–1918 über 750 000 Menschen in Deutschland an Hunger und Entbehrungen.

### 9.23 U-Boot-Krieg

Die deutsche Kriegsflotte, des Kaisers »liebste Kind«, der Stolz des deutschen Volkes, war in den letzten 15 Jahren vor dem Krieg im Eiltempo und mit einem ungeheuren Kostenaufwand zur zweitgrößten Schlachtflotte nach der britischen ausgebaut worden. Seit Kriegsbeginn lagen die schweren Kreuzer und Linienschiffe untätig in den Häfen. Die Seekriegsleitung wagte nicht, mit der gesamten Flotte auszulaufen und die überlegenen britischen Kräfte zur Entscheidungsschlacht herauszufordern. Auch die Engländer hielten ihre Schlachtschiffe in den Häfen zurück, blockierten aber fernab die Nordseeausgänge, um den Nachschub an Lebensmitteln und Rohstoffen aus den neutralen skandinavischen Ländern nach Deutschland abzuschneiden. Es zeigte sich jetzt, dass der riesige finanzielle Aufwand für die Flottenrüstung eine völlige Fehlinvestition gewesen war; denn der strategische Wert der Flotte war gleich null, einige wenige deutsche Kreuzer, die sich bei Kriegsbeginn in überseeischen Gewässern aufgehalten hatten, wurden nach und nach aufgebracht und versenkt.

Die deutsche Seekriegsleitung versuchte nun, mit der neuen Waffe der Unterseeboote einen

Handelskrieg zu führen. Sie erklärte die Gewässer um England zum Kriegsgebiet mit dem Ziel, mit den wenigen, einsatzbereiten U-Booten vor Englands Küsten eine Gegenblockade zu errichten. Sehr bald aber kamen die U-Boot-Kommandanten mit dem geltenden Völkerrecht in Konflikt. Nach den auf den *Haager Friedenskonferenzen* (► 9.9) festgelegten Seekriegsbestimmungen durfte die Versenkung eines aufgebracht Handelsschiffes erst erfolgen, wenn die Besatzung das Schiff in Rettungsbooten verlassen hatte. Zur Untersu-



◀ Die warnungslose Versenkung des britischen Passagierschiffs »Lusitania« durch ein deutsches U-Boot im Mai 1915, bei der 1200 Menschen ums Leben kamen (darunter 120 amerikanische Staatsbürger) im Zuge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Dessen Wiederaufnahme am 1. Februar 1917 durch Deutschland führte schließlich zum Kriegseintritt der USA

chung der Schiffsladung aufgetauchte U-Boote waren aber selbst wegen ihrer geringen Panzerung gefährdet, besonders seit viele Handelsschiffe mit getarnten Schiffsgeschützen ausgerüstet waren. So ging die Seekriegsleitung zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg über; das bedeutete, dass jedes ausgemachte feindliche Kriegs- oder Handelsschiff ohne Warnung torpediert werden konnte. Dieses Vorgehen rief den heftigen Protest der neutralen Länder und insbesondere der USA hervor, die vorher mehrfach auch gegen die völkerrechtswidrige Seeblockade notwendiger Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung Einspruch erhoben hatten. Die Versenkung des britischen Passagierdampfers »Lusitania« am 7. Mai 1915 durch ein deutsches U-Boot, bei der auch 120 amerikanische Staatsbürger ums Leben kamen, führte zu einer schweren Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. In der Folgezeit wurde der uneingeschränkte U-Boot-Krieg aus Sorge vor einer weiteren Verschärfung der Spannungen

mit den USA zeitweise ganz eingestellt. Gegen die Bemühungen der Reichsregierung, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten nicht weiter zu verschlechtern, forderte die Seekriegsleitung und mit ihr die 3. *Oberste Heeresleitung* (► 9.21) jedoch immer dringender die Wiedereröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, als dessen Folge sie durch die Erhöhung der Versenkungsziffern auf 600 000 BRT monatlich die Niederlage Englands in 5 bis 6 Monaten erwartete. Mit der Unterstützung der Reichstagsmehrheit wurde am 1. Februar 1917 schließ-

lich der uneingeschränkte U-Boot-Krieg wieder aufgenommen. Die optimistischen Voraussetzungen erwiesen sich bald als völlige Fehlkalkulation. Großbritannien wurde trotz weiterer Erhöhung der Versenkungsziffern (in der Zeit zwischen 1. Februar und 31. Dezember 1917 wurden 6 141 000 BRT der Alliierten und 1 127 000 BRT neutraler Staaten versenkt) nicht auf die Knie gezwungen, und die USA erklärten am 6. April 1917 dem Deutschen Reich den Krieg. Den U-Booten gelang es nicht, den Transport der amerikanischen Truppen nach Europa zu stören, geschweige denn zu verhindern. Durch Verbesserung der Abwehrwaffen erlitten sie dagegen immer größere Verluste. Bis Kriegsende verlor die deutsche Marine 178 U-Boote.

### 9.24 Kriegseintritt der USA

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson hatte ab Kriegsbeginn den Krieg führenden Parteien seine Vermittlerdienste angeboten und

auch noch nach dem »Lusitania«-Zwischenfall vom Mai 1915, der zu einer schweren Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen führte, bemüht, an der strikten Neutralität der USA festzuhalten. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten wurde wegen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (► 9.23), durch den wiederholt amerikanische Staatsbürger ums Leben gekommen waren, zunehmend feindseliger und forderte die Partei für Großbritannien und die Entente ab. Nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten der USA im November 1916 trat Wilson auch einmal mit einer Vermittlungsaktion an die Krieg führenden Parteien heran, die von der Entente mit einem weitreichenden Programm von Kriegszielvorstellungen beantwortet wurde. Die deutsche Reichsregierung ließ in Washington ihr von Wilson angefordertes Kriegszielprogramm Ende Januar 1917 mit der Bemerkung vorlegen, dass ab 1. Februar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg wieder eröffnet werden würde. Der amerikanische Präsident verzögerte den Kriegseintritt der USA noch bis zum 2. April 1917 und vertrat noch im Januar die Ansicht, dass nur ein Verständigungsfriede, ein »Frieden ohne Sieg«, der Welt einen dauerhaften Friedenszustand bringen könne. Auch nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten beehrte er sich, eine Vermittlerrolle beizubehalten, und bot mit seinen »Vierzehn Punkten« (► 9.27) eine Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Der Kriegseintritt der USA auf der Seite der Ententemächte entschied endgültig den 1. Weltkrieg. Entgegen der Ansicht der

deutschen Marineleitung, die Amerikaner würden wegen fehlenden Schiffsraums und wegen der deutschen U-Boote nicht in der Lage sein, nennenswerte Truppenkontingente nach Europa zu bringen, kamen rund 1 Million amerikanischer Soldaten bis zum Sommer 1918 an der Westfront zum Einsatz; die amerikanische Wirtschaftskraft vermochte schnell die britischen Verluste auszugleichen.

### 9.25 Friedensresolution

Schon am 12. Dezember 1916 hatte Deutschland zusammen mit seinen Verbündeten über die USA der Entente ein Friedensangebot gemacht und den Gegnern Verhandlungen angeboten. Konkrete Bedingungen enthielt die deutsche Note nicht; sie wurde von den Ententemächten abgelehnt. Die Ende 1916 aufgenommenen Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Präsidenten Wilson scheiterten im Januar 1917 an den überzogenen Kriegszielen beider Seiten. Die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (► 9.23) am 1. Februar 1917 führte zum *Kriegseintritt der USA* (► 9.24). In Deutschland war inzwischen der *Burgfrieden* (► 9.15) zerbrochen und wieder Bewegung in die Parteienlandschaft gekommen. Von der SPD (► 8.28) hatte sich der linke Flügel der Partei als Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) abgespalten; sie forderte die sofortige Beendigung des Krieges und verweigerte neue Kriegskredite. Im Reichstag bildete sich eine neue parlamentarische Mehrheit aus Zentrum (► 8.27), Fortschrittspartei und SPD, von der



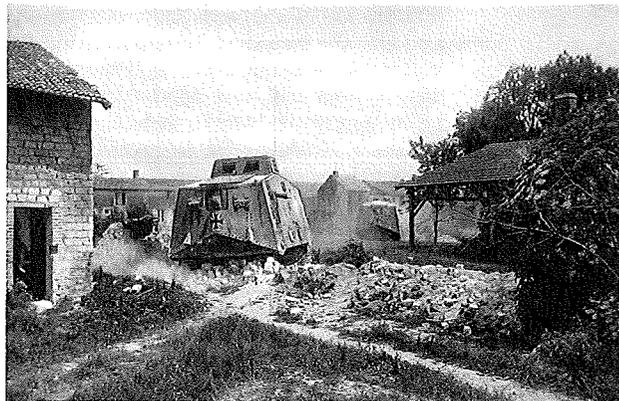
◀ Reichskanzler von Bethmann Hollweg bei seiner Rede vor dem Reichstag am 12. Dezember 1916, in der er die Bereitschaft der Reichsregierung zu Friedensverhandlungen signalisiert. Das unkonkret bleibende Angebot wird von den Ententemächten abgelehnt



ten. Die deutsche Reichsregierung ging auf dieses Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten erst ein, als mit dem Scheitern der *Frühjahrsoffensive* (► 9.28) die letzte Hoffnung zerstoßen war, den Krieg im Westen doch noch militärisch zugunsten Deutschlands zu entscheiden. In den Friedensverhandlungen nach dem Zusammenbruch Deutschlands konnte Wilson gegenüber den britischen und französischen Verhandlungsführern sein Programm nur zu einem Teil verwirklichen.

## 9.28 Frühjahrsoffensive

Nach dem Ende der Kämpfe an der Ostfront durch den *Frieden von Brest-Litowsk* (► 9.26) mit dem jetzt bolschewistischen Russland suchte die 3. *Oberste Heeresleitung* (► 9.21), und vornehmlich ihr führender Strategie, General Erich Ludendorff, die Entscheidung des Krieges mit einer Großoffensive im Westen herbeizuführen, bevor die Hauptmacht der frischen amerikanischen Truppen an der Westfront eingetroffen war. Am 21. März 1918 begann der deutsche Angriff in einer Breite von 70 km südlich von St. Quentin an der Nahtstelle des britischen und französischen Frontabschnittes mit dem Ziel, die englischen Truppen von den französischen zu trennen und auf die Kanalhäfen zurückzuwerfen. Der von mehr als 70 Divisionen mit massiver Artillerieunterstützung vortragene Angriff, bei dem auch die Fliegertruppe zum Einsatz kam, konnte trotz eines erzielten Geländegewinns von mehr als 60 km Tiefe die gesteckten Ziele nicht erreichen. Es fehlte an frischen und beweglichen Reserven, jetzt zeigte es sich, dass in den Jahren des Stel-



◀ Mit der *Frühjahrsoffensive* 1918 versuchte die deutsche Heeresleitung, in einer letzten Kraftanstrengung einen strategischen Durchbruch an der Westfront zu erzielen. Im Bild einer der wenigen Panzer, über die das deutsche Heer im Verhältnis zu den Gegnern verfügte

lungskrieges die geforderte Motorisierung der Artillerieeinheiten nicht vorangetrieben worden war, auch eine schlagkräftige Panzerwaffe war nicht entwickelt worden. Die weiteren Offensiven vom 9. April und 27. Mai erzielten zwar erneut erhebliche Geländegewinne – Anfang Juni standen die deutschen Angriffsspitzen wieder an der Marne –, aber ab 18. Juli setzten die alliierten Truppen zum Gegenangriff an, bei dem das im Mai und Juni gewonnene Gelände wieder verloren ging. Der britische Tankangriff bei Amiens am 8. August wurde zum »schwarzen Tag« des deutschen Heeres; zum ersten Mal wurde deutlich, dass der Widerstandswille bei vielen Truppenteilen gebrochen war. Die deutsche Front wurde bis in die Ausgangsstellungen zurückgedrängt. Der Krieg war nicht mehr zu gewinnen. Als sich an den anderen Fronten der Zusammenbruch der verbündeten Mächte abzeichnete (Bulgarien bat am 25. September um einen Waffenstillstand), gestand Ludendorff die militärische Niederlage ein. Am 29. September verlangte er von den Politikern kategorisch den sofortigen Abschluss eines Waffenstillstandes. Das hatte weitreichende innenpolitische Folgen (► 9.31).

## 9.29 Waffenstillstandsangebot

Die *Frühjahrsoffensive* (► 9.28) an der Westfront, die nach dem Plan Ludendorffs die militärische Entscheidung bringen sollte, war gescheitert, das deutsche Heer auf seine Ausgangsstellungen zurückgedrängt. An den anderen Fronten hatte die Auflösung der verbünde-

ten Armeen begonnen. Aber erst am 29. September gab Ludendorff die Niederlage zu und forderte von der Reichsregierung sofortige Waffenstillstandsverhandlungen. Das plötzliche Eingeständnis der Niederlage, nachdem jahrelang und bis zuletzt die Oberste Heeresleitung nur Optimismus ausgestrahlt und Siegesmeldungen verbreitet hatte, löste einen schweren Schock bei den Politikern und dann in der Bevölkerung aus.

Anfang Oktober 1918 übernahm der als liberal eingeschene Prinz Max von Baden als neuer Kanzler die Reichsregierung, in die auf Verlangen Ludendorffs jetzt auch Vertreter der im Reichstag die Mehrheit bildenden Parteien (Zentrum, Fortschrittspartei, SPD und Nationalliberale) aufgenommen wurden. Dies war ein erster wesentlicher Schritt zur *Parlamentarisierung* (► 9.31) der deutschen Reichsverfassung, durch den der Gefahr staatlicher Auflösungserscheinungen vorgebeugt werden sollte. Zugleich zielte diese Verfassungsänderung auf die Forderung des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der erklärt hatte, dass Friedensverhandlungen nur mit vom Volk getragenen Regierungen geführt werden könnten.

In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ging das deutsche Waffenstillstandsangebot an den amerikanischen Präsidenten ab. Es berief sich auf dessen im Januar 1918 verkündete *Vierzehn Punkte* (► 9.27). In dem sich anschließenden Notenwechsel mit der amerikanischen Regierung wurde nun jedoch deutlich, dass der Verhandlungsspielraum, der dem Deutschen Reich blieb, äußerst gering war. Vor der Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen sollte Deutschland den *U-Boot-Krieg* (► 9.23) einstellen und die besetzten Gebiete räumen. Gegen diese schon einer Kapitulation gleichkommenden Forderungen wollte Ludendorff jetzt die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen anordnen; aber das deutsche Volk war kriegsmüde und hatte nur den Wunsch, endlich Frieden zu bekommen. Ludendorff musste am 26. Oktober auf Druck der Reichsregierung seinen Abschied nehmen.

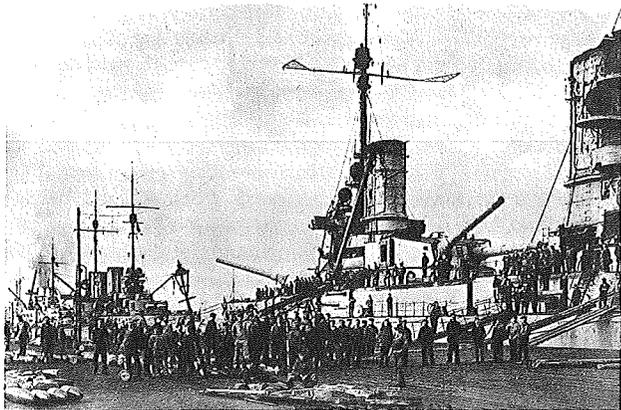
## 9.30 Erich Ludendorff

Am 9. April 1865 in Kruszewnia bei Posen geboren, schlug Ludendorff ab 1881 die Offizierslaufbahn ein; er erhielt eine Generalstabsausbildung und war 1908 bis 1912 Chef der Aufmarschabtei-

lung im Großen Generalstab. Am Beginn des 1. Weltkrieges war Ludendorff maßgeblich an der Eroberung Lüttichs beteiligt, anschließend als Chef des Generalstabes der 8. Armee zusammen mit *Paul von Hindenburg* (► 10.29) Sieger bei *Tannenberg* (► 9.17) und in der Schlacht an den Masurischen Seen über die Russen. Von diesem Zeitpunkt an arbeiteten die beiden Heerführer bis zum Kriegsende zusammen, zuerst im Oberkommando der Ostfront, ab Juli 1916 als 3. *Oberste Heeresleitung* (► 9.21), wobei die stärkeren Impulse von Ludendorff ausgingen. Er wirkte stark in die deutsche Politik hinein, setzte die volle wirtschaftliche Mobilmachung durch und ordnete die Wiedereröffnung des uneingeschränkten *U-Boot-Krieges* (► 9.22) an, die den *Kriegseintritt der USA* (► 9.24) zur Folge hatte. Wesentlichen Anteil hatte Ludendorff am Sturz des Reichskanzlers Theodor von Bethmann Hollweg im Juli 1917; im *Frieden von Brest-Litowsk* (► 9.26) mit dem bolschewistischen Russland wirklichte er die *Kriegsziele* (► 9.20) der Militärs und der Alldeutschen (► 9.4). Nach dem Scheitern der *Frühjahrsoffensive* 1918 (► 9.28) forderte er überstürzt Ende September 1918 die sofortige Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen (► 9.29), durch die vor aller Welt die militärische Niederlage des Deutschen Reiches offen gelegt wurde. Nachdem er mit seiner Forderung, die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen, gescheitert war, wurde Ludendorff auf Drängen des Reichskanzlers, Prinz Max von Baden, am 26. Oktober 1918 verabschiedet. In der Zeit der Weimarer Republik gehörte Ludendorff als einflussloser Außenseiter völkischen Rechtsgruppen an, er verbündete sich kurzzeitig mit Adolf Hitler und war am *Hitlerputsch* 1923 (► 10.23) beteiligt. Später wurde er, zum Teil unter dem Einfluss seiner Frau Mathilde, zum politisch-sektiererischen Außenseiter. Ludendorff starb am 20. Dezember 1937 in Tutzing.

## 9.31 Parlamentarisierung

Das Deutsche Reich war seiner Verfassung nach eine konstitutionelle Monarchie, die Macht des Herrschers war durch eine Verfassung eingeschränkt, die eine Volksvertretung in Form des Reichstages zugelassen hatte. Die Rechte des Reichstages waren jedoch sehr begrenzt. Die Reichsregierung (Reichskanzler und Staatssekretäre) wurde vom Kaiser ein- und abgesetzt,



◀ Die Revolution von 1918 in Deutschland begann Anfang November mit einer Meuterei auf Schiffen der in Wilhelmshaven liegenden Hochseeflotte. schnell griffen die Unruhen auf andere Marinestandorte über. Das Bild zeigt Besatzungsmitglieder vor ihren Linienschiffen »Thüringen« und »Helgoland«

der Reichstag hatte darauf keinen Einfluss, sondern lediglich sein Votum zu den Gesetzen abzugeben. Die Bemühungen der Parteien, vor allem der politischen Mitte und der Sozialdemokraten (► 8.28), mehr Einfluss zu erhalten, verstärkten sich seit Beginn des Krieges anlässlich der Abstimmungen über die Kriegskredite. Aber erst als General *Erich Ludendorff* (► 9.30) die militärische Niederlage eingestand und sofortige Waffenstillstandsverhandlungen forderte, wurde auf seine Veranlassung hin die Regierung auf eine parlamentarische Grundlage gestellt. Mit diesem Versuch einer »Revolution von oben« stahl sich das Militär aus der Verantwortung für das von ihm verschuldete politische und militärische Desaster. In den Augen der deutschen Öffentlichkeit hatten nun die Parteien, die in der Kaiserzeit am heftigsten bekämpft worden waren, die Verantwortung für den Waffenstillstand und die späteren Ergebnisse des Versailler Vertrages auf sich zu nehmen. Eine Hypothek, die zum Scheitern der Weimarer Republik 15 Jahre später beitrug. Reichstagsabgeordnete aus den Parteien der Mehrheitskoalition (Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratische Partei) traten in die von Prinz Max von Baden gebildete neue Reichsregierung ein. In der im Hinblick auf die Waffenstillstandsverhandlungen beschlossenen Verfassungsänderung vom 28. Oktober 1918 (deshalb Oktoberverfassung) wurde die Bindung des Reichskanzlers an das Vertrauen des Reichstages festgelegt. Die Oktoberverfassung hatte jedoch keine tieferen Auswirkungen mehr, da wenige Tage später die Novemberrevolution ausbrach. Sie war aber ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur parlamentarischen De-

mokratie, wie sie dann in der Weimarer Republik mit ihrer Verfassung verwirklicht wurde.

### 9.32 Matrosenaufstand

Die 3. Oberste Heeresleitung (► 9.21) hatte schon Ende September 1918 der Reichsregierung eingestanden, dass der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen war (Waffenstillstandsangebot, ► 9.29). Als die Marineleitung Ende Oktober 1918 der in den Häfen seit Jahren untätig liegenden Hochseeflotte den Befehl gab zu einem letzten großen Einsatz gegen die britische Flotte auszulaufen, um »die Ehre der Waffengattung« zu retten, weigerten sich die Matrosen, diesem sinnlosen Befehl zu folgen. Am 5. November übernahm ein Matrosenrat im größten deutschen Flottenstützpunkt Wilhelmshaven die Macht, von hier aus sprang die Meuterei auf die anderen Hafenstädte über und erfasste bald auch die Garnisonen in den Binnenstädten (Köln 7. November) und die Arbeiterschaft in den Industriestandorten. Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Der Kaiser wich den revolutionären Ereignissen in Berlin aus und ging in das Hauptquartier nach Spa in Belgien. Am 7. November wurde die Wittelsbachersdynastie in München gestürzt, am 9. November (► 10.1) trat Reichskanzler Prinz Max von Baden unter dem Druck der Massen von seinem Amt zurück, kündigte die Abdankung des Kaisers an, die in Wirklichkeit erst spät abends stattfand, und übergab die Regierungsgeschäfte an den Führer der Mehrheitssozialdemokraten, *Friedrich Ebert* (► 10.6), dem es schließlich im Zusammenspiel mit gemäßigten Kräften und gestützt auf das Heer ge-

lang, die parlamentarische Demokratie gegen die Bestrebungen der radikalen Linken durchzusetzen, die die Einführung des Räteystems nach russischem Vorbild anstrebten.

### 9.33 Waffenstillstand

Am 4. Oktober 1918 hatte die deutsche Reichsregierung auf Drängen der Obersten Heeresleitung ein Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson gesandt. In dem sich anschließend entwickelnden Notenwechsel war deutlich geworden, dass die Alliierten nur mit einer vom Volk getragenen Regierung die Verhandlungen führen würden. Das führte kurzfristig zur Aufnahme von Vertretern der im Reichstag die Mehrheit bildenden Parteien in die Regierung, vertiefte aber auch im Volk den Eindruck, dass der Kaiser einem kommenden Frieden im Wege stehen könnte. Am 5. November traf in Berlin die Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Lansing ein, dass die Alliierten bereit seien, *Wilson's 14 Punkte* (► 9.27) als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen. Ausdrücklich ausge-

so hieß es in der letzten Note des amerikanischen Staatssekretärs, sei bereit, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. Ziel der Alliierten war es zu verhindern, dass der Waffenstillstand vom Deutschen Reich als willkommene Ruhepause genutzt würde, um bei einem Scheitern der Verhandlungen erneut loszuschlagen, wie es Ludendorff ja vorgehabt hatte. Von Verhandlungen war daher nicht mehr die Rede. Die Bedingungen waren außerordentlich hart, ihre Annahme bedeutete die Unterwerfung. Verlangt wurden: die sofortige Räumung aller besetzten Gebiete im Westen sowie die Freigabe Elsass-Lothringens, die Räumung des gesamten linken Rheinufers und einer 35 km breiten rechtsrheinischen Sicherheitszone, die entmilitarisiert bleiben sollte. Die Städte Köln, Koblenz und Mainz sollten durch alliierte Truppen besetzt werden. Der Friedensvertrag von *Brest-Litowsk* (► 9.26) wurde annulliert. Sämtliche U-Boote und große Mengen an Waffen, Munition, Fahrzeugen und Lokomotiven waren abzuliefern. Die alliierten Kriegsgefangenen soll-



◀ Unterzeichnung des Waffenstillstands in einem Eisenbahnwaggon im Wald von Compiègne am 11. November 1918. Das Bild zeigt den deutschen Staatssekretär *Matthias Erzberger* und (ihm gegenüber stehend) den französischen Marschall *Ferdinand Foch*, den Verhandlungsführer der Alliierten

kommen aber wurden die Punkte »Freiheit der Meere« und der Komplex der deutschen Zahlungsverpflichtungen.

Die deutsche Waffenstillstandsdelegation wurde von dem zum Staatssekretär ohne Geschäftsbereich ernannten Zentrumspolitiker *Matthias Erzberger* geleitet, die Militärs überließen es einem Zivilisten, den letzten Akt in diesem Kriegsgeschehen zu vollziehen. Auf der anderen Seite stand der französische Oberkommandierende, Marschall *Foch*, an der Spitze der alliierten Waffenstillstandskommission. *Foch*,

ten freigelassen werden, während die deutschen Kriegsgefangenen noch nicht heimkehren durften. Die Blockade sollte vorerst weiter bestehen bleiben. *Erzberger* nahm telegrafisch Verbindung zur Obersten Heeresleitung auf, *Hindenburg* drahtete zurück, man solle versuchen, Milderungen zu erreichen, in jedem Falle aber unterzeichnen. Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand im Salonwagen des Marschalls *Foch* im Wald von Compiègne unterzeichnet. Jetzt schwiegen an allen Fronten die Waffen.

## Daten

27. März 1890 Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages  
 1. Juli 1890 Helgoland-Sansibar-Vertrag  
 1890/1891 Arbeiterschutzgesetze  
 1890–1894 Reichskanzler Leo von Caprivi  
 1891 Gründung des Alldeutschen Verbandes (Name ab 1894)  
 21. Okt. 1891 Erfurter Programm der SPD  
 17. Aug. 1892 französisch-russische Militärkonvention  
 1894–1900 Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst  
 3. Jan. 1896 Krügerdepesche Wilhelms II.  
 1897 Kiautschou deutsche Kolonie  
 1898 Gründung des Deutschen Flottenvereins  
 1898/1900 Flottengesetze  
 18. Mai–29. Juli 1900 1. Haager Friedenskonferenz  
 1. Jan. 1900 Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs  
 1900–1909 Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow  
 27. Juli 1900 »Hunnenrede« Wilhelms II./Boxeraufstand in China  
 8. April 1904 britisch-französische Entente cordiale  
 31. März 1905 Besuch Wilhelms II. in Tanger/1. Marokkokrise  
 15. Juni–18. Okt. 1907 2. Haager Friedenskonferenz  
 31. Aug. 1907 britisch-russischer Interessenausgleich  
 1908 österreichische Annexion von Bosnien und Herzegowina  
 28. Okt. 1908 Daily-Telegraph-Affäre  
 1909–1917 Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg  
 1. Juli 1911 »Panthersprung« nach Agadir/2. Marokkokrise  
 12. Jan. 1912 Reichstagswahlen (SPD erstmals stärkste Fraktion)  
 8.–11. Febr. 1912 Mission Haldanes in Berlin  
 1912/1913 Balkankriege  
 28. Juni 1914 Attentat von Sarajewo  
 23. Juli 1914 österreichisches Ultimatum an Serbien  
 1./3. Aug. 1914 deutsche Kriegserklärung an Russland und Frankreich  
 23.–31. Aug. 1914 Schlacht bei Tannenberg  
 6.–9. Sept. 1914 Marneschlacht  
 7. Mai 1915 Versenkung der »Lusitania«  
 21. Febr.–Dez. 1916 Schlacht von Verdun  
 29. Aug. 1916 3. Oberste Heeresleitung (OHL; Hindenburg und Ludendorff)  
 1. Febr. 1917 uneingeschränkter U-Boot-Krieg  
 6. April 1917 Kriegseintritt der USA  
 19. Juli 1917 Friedensresolution des Reichstages  
 7. Nov. 1917 Ausbruch der Oktoberrevolution in Russland  
 8. Jan. 1918 Wilsons Vierzehn Punkte  
 3. März 1918 Friede von Brest-Litowsk  
 21. März 1918 Beginn der deutschen Frühjahrsoffensiven  
 3./4. Okt. 1918 Prinz Max von Baden wird Reichskanzler; deutsches Waffenstillstandsangebot  
 26. Okt. 1918 Oktoberverfassung; Entlassung Ludendorffs  
 29. Okt. 1918 Beginn der Matrosenaufstände  
 9. Nov. 1918 Abdankung des Kaisers/Ausrufung der Republik  
 11. Nov. 1918 Waffenstillstand

## Weimarer Republik (1918–1933)

### Einführung

Die Weimarer Republik war der erste praktizierte Versuch in der deutschen Geschichte, auf dem Boden des Deutschen Reiches eine demokratische Staatsform zu errichten. Der Versuch ist gescheitert, die junge Republik ging nach knapp vierzehn Jahren in der Hitlerdiktatur unter. Schon die Geburtsstunde der Republik stand unter keinem guten Stern. Von Anfang an war sie mit dem Odium des verlorenen Krieges belastet. Zwar hatten die Führer der demokratischen Parteien, denen jetzt die ganze Macht im Staate in die Hände gegeben war, die Niederlage nicht zu verantworten, sondern die Generale in der Obersten Heeresleitung. Aber gerade diese Generale, die die Bevölkerung noch Wochen vorher in dem Glauben an ein siegreiches Ende des Krieges gelassen und erst jetzt zur sofortigen Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen gedrängt hatten, sie setzten nicht viel später die unselige Dolchstoßlegende in Umlauf, die der Heimat die Schuld an der Niederlage zuschob und die dann die politische Atmosphäre in der Republik permanent und nachhaltig vergiftet hat. Die Republik war gewissermaßen über Nacht gekommen, nicht als Ergebnis einer siegreichen Revolution, sondern eigentlich durch Anstoß von außen, weil die Kriegsgegner es abgelehnt hatten, mit den alten Machthabern des kaiserlichen Deutschland Friedensverhandlungen aufzunehmen. Die Sehnsucht nach Frieden und der Glaube an einen gerechten Friedensvertrag auf der Basis der vom amerikanischen Präsidenten angestrebten Versöhnung der Völker führten in dem kriegsmüden und ausgehungerten Deutschland bei den Wahlen zur Nationalversammlung Anfang des Jahres 1919 zu dem überwältigenden Wahlerfolg der Parteien,

# 10

die entschlossen waren, den jungen Staat zu tragen.

Aber dann kam der furchtbare Schock, der durch die Bekanntgabe der Friedensbedingungen ausgelöst wurde. Das war kein Vertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Völkerverständigung. Er wurde den Unterlegenen diktiert, Verhandlungsmöglichkeiten waren ausgeschlossen.

Damit war die politische Situation für die Deutschen, die bereit gewesen waren, mit der neuen Staatsform auch einen neuen Anfang zu machen, entscheidend verändert. Von nun an standen diejenigen, die weiterhin bereit waren, den demokratischen Staat zu tragen, mit dem Rücken zur Wand in einem ständigen Abwehrkampf gegen die Kräfte von links und rechts, die nur das eine Ziel kannten, die Republik wieder zu zerschlagen.

Die links außen Stehenden fühlten sich von den sozialdemokratischen Führern verraten, weil sie mehr von der Revolution für die arbeitenden Massen erwartet hatten. Und auf der rechten Seite regten sich nun wieder die alten Eliten des Kaiserreiches, die alle von den jetzt regierenden Politikern der Weimarer Koalition in ihren Ämtern und Aufgabenbereichen übernommen wurden, die höhere Beamtenschaft, die Unternehmer, die Großgrundbesitzer, das Offizierskorps.

Die Geschichte der Weimarer Republik wird von den Historikern im Allgemeinen in drei Phasen eingeteilt. Die erste umfasst die Jahre von der Entstehung bis zum Ende des Jahres 1923. In diesen Jahren stand die Existenz der noch wenig stabilen Republik wiederholt auf dem Spiel. Immer wieder drohte das Gefüge des jungen Staates durch bürgerkriegsähnliche Aufstände der linken und Putschversuche der

rechten Gegner der Demokratie auseinander zu brechen. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich löste zwar im übrigen Deutschland eine alle Parteirichtungen erfassende Welle des Solidaritätsgefühls mit den an der Ruhr passiven Widerstand leistenden Landsleuten aus, stürzte aber auch den Staat durch den totalen Zusammenbruch der Währung einerseits, die Versuche von Separatisten, unter dem Schutz der Besatzungsmacht das Rheinland aus dem Reichsverband zu lösen, die kommunistischen Aufstände in Sachsen und Thüringen und den Konflikt des Freistaates Bayern mit der Reichsregierung andererseits in seine gefährlichste Existenzkrise.

Mit dem Abbruch des Ruhrkampfes und der gelungenen Sanierung der Währung am Ende des Jahres 1923 beginnt die zweite Phase in der Geschichte der Republik, die eine Zeit der wirtschaftlichen Erholung und der relativen politischen Konsolidierung – auch im Bereich der Außenpolitik – genannt wird. Man hat diese Jahre von Ende 1923 bis Ende 1929 auch als die »Ära Stresemann« bezeichnet.

Das Reparationsproblem wurde mit der Unterstützung der Amerikaner im Dawesplan neu geregelt und mehr auf die deutschen wirtschaftlichen Möglichkeiten abgestimmt. Das Vertragswerk von Locarno führte das Deutsche Reich als gleichberechtigten Partner in den Kreis der europäischen Großmächte zurück, zugleich wurde die Aussöhnung mit dem französischen Nachbarn eingeleitet. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund war die Folge dieser maßvollen, an den Realitäten orientierten deutschen Außenpolitik. Im Bereich der Innenpolitik war der Abbau des instabilen Zustandes im Verhältnis der im Parlament vertretenen Parteien zueinander jedoch nicht erreicht worden.

Mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland ab Ende Oktober 1929 endet diese Phase. Es beginnt der letzte Abschnitt der Geschichte der Republik, der gekennzeichnet ist durch die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und die sprunghaft ansteigenden Arbeitslosenzahlen auf der einen, die fortschreitende Auflösung der demokratischen Fundamente auf der anderen Seite. Die radikalen Parteien und Republikgegner auf den Flügeln erhielten starken Zulauf aus den Reihen der Arbeitslosen, der Enttäuschten und Entwurzelten.

Die Unfähigkeit des Reichstages, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, führte im März 1930 dazu, dass der seit 1925 amtierende Reichspräsident und ehemalige Feldmarschall Paul von Hindenburg den Zentrumspolitiker und Finanzfachmann Heinrich Brüning zum Kanzler einer neuen Regierung ohne Bindung an Parteien und Parlament berief. Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die in ihrer fortgesetzten Handhabung in den folgenden Jahren zur Ablösung des parlamentarischen Systems und zur Ausbildung eines autoritären Präsidialregimes führte. Die Entscheidung über das weitere Schicksal des deutschen Staates lag nun ausschließlich bei dem hochbetagten Reichspräsidenten, der nie einen Hehl daraus gemacht hatte, ein überzeugter Anhänger der Monarchie geblieben zu sein.

Den von ihm ausgewählten Reichskanzlern gelang es nicht, eine konstruktive Politik durchzuführen, mit der sie die Massenbewegung der Nationalsozialisten hätten stoppen oder deren Führer Hitler in die Regierung einbinden können. Die Absetzung der preußischen Regierung durch den Reichskanzler von Papen am 20. Juli 1932 traf vor allem die SPD, die allerdings nur noch symbolischen Widerstand leistete. Seit die NSDAP nach den Wahlen vom Juli 1932 die stärkste Fraktion im Reichstag stellte, forderte Hitler vom Reichspräsidenten für sich die ganze Regierungsgewalt.

Hindenburg hat lange gezögert, aus Abneigung gegen den Volkstribun, Hitler als Kandidaten für den Kanzlerposten überhaupt anzuerkennen. Erst, als sich mächtige und ihm nahe stehende konservative Interessenverbände wie Großagrarien, Großindustrie und Hochfinanz es waren wieder, wie schon am Anfang der Republik, die alten monarchischen Eliten – bei ihm für die Kanzlerschaft Hitlers mit Nachdruck einsetzten, gab er nach und beugte sich ihren Argumenten: Hitler werde als Kanzler in einem vorwiegend konservativen Kabinett, eingerahmt von starken konservativen Ministern, zwangsläufig seine radikalen politischen Vorstellungen den Realitäten anpassen und reduzieren.

Am 30. Januar 1933 legte Hitler mit seinem Kabinett als Kanzler den Eid auf die Verfassung des Weimarer Staates ab. Aber das schon Jahre vorher praktizierte präsidiale Regierungssystem bot ihm geradezu die Chance, die er kaltblütig zu nutzen verstand.

10.1 9. November 1918

Vom Matrosenaufstand in den Hafenstädten war der Funke der Revolution in wenigen Tagen auf fast alle Städte im Reich übergesprungen. Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten und die Abdankung des Kaisers und der Landesfürsten verlangten. Aller Augen richteten sich auf Berlin. Was würde der Kaiser tun?

Kaiser Wilhelm II. besprach im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung (OHL), im belgischen Kurort Spa, mit seinen Generalen die militärische Lage und die Situation im Reich, die sich von Tag zu Tag mehr zuspitzte. In Berlin wartete der Reichskanzler Prinz Max von Baden auf die entscheidende Nachricht des Kaisers. Die Führer der SPD hatten sich ultimativ bereit erklärt, die Regierungsgewalt zu übernehmen, um zu verhindern, dass die Radikale die Macht an sich rissen und eine Räterepublik (► 10.4) errichteten.

Als die Nachricht aus Spa ausblieb, ließ der Reichskanzler eigenmächtig die Abdankungserklärung veröffentlichen, die erst Stunden später bestätigt wurde. Kurz nach der Veröffentlichung übertrug der letzte kaiserliche Reichskanzler die Regierungsgeschäfte an Friedrich Ebert (► 10.6), den Vorsitzenden der SPD, mit den Worten: »Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz.« Ebert antwortete: »Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.«

Eberts Ziel war es, mit den Führern der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich während des Krieges von der SPD abgespalten hatte, zu einer Vereinbarung zu kommen, um die Einheit der Arbeiterbewegung wieder herzustellen und die extremen linken Gruppen wie den Spartakusbund (► 10.3) zu isolieren.

Bis zum Zusammentritt einer so schnell wie möglich zu wählenden Nationalversammlung sollte eine Übergangsregierung mit den bisherigen Mehrheitsparteien im Reichstag (neben SPD auch Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei) gebildet werden. Die Entscheidung über die zukünftige Staatsform (parlamentarische Republik oder Monarchie) sollte der Nationalversammlung vorbehalten bleiben. Ebert war deshalb über das eigenmächtige Vorgehen sei-

# Berliner Blatt

1. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
2. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
3. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
4. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
5. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
6. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
7. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
8. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
9. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff  
10. Vorsitzender: Kurt Dieckhoff

500 H. 10. November 1918  
Sonntag, den 10. November 1918  
22. Jahrgang

## Rücktritt des Kaisers und Kronprinzen.

Einberufung einer Nationalversammlung.  
Der Kaiser und Kronprinz sind abgetreten. Die Reichsregierung hat sich an den Reichspräsidenten gewandt und um die Einberufung einer Nationalversammlung ersucht. Die Reichsregierung hat sich an den Reichspräsidenten gewandt und um die Einberufung einer Nationalversammlung ersucht. Die Reichsregierung hat sich an den Reichspräsidenten gewandt und um die Einberufung einer Nationalversammlung ersucht.

▲ Nachdem am 3. 11. 1918 mit der Meuterei von Matrosen der deutschen Hochseeflotte die »Novemberrevolution« begonnen hatte, bildeten sich binnen weniger Tage überall in Deutschland Arbeiter- und Soldaten-Räte. Am 9. November dankte Kaiser Wilhelm II. ab und ging in die Niederlande ins Exil (Titelseite des »Berliner Blatts« vom 10. 11. 1918)

nes Parteifreundes Philipp Scheidemann ungehalten, der, um dem Spartakistenführer Karl Liebknecht zuvorzukommen, von einem Fenster des Reichstages die Republik proklamiert hatte.

Mit der USPD-Führung kam es zu einer Verständigung über die Bildung einer provisorischen Regierung, den Rat der Volksbeauftragten (► 10.2).

## 10.2 Rat der Volksbeauftragten

Nachdem der letzte kaiserliche Reichskanzler, Prinz Max von Baden, die Regierungsgeschäfte an Friedrich Ebert (► 10.6), den Vorsitzenden der SPD, übergeben hatte, wurde am 10. November 1918 als erste provisorische Regierung der Republik der Rat der Volksbeauftragten gebildet.

Durch die rasche Vereinbarung zwischen den Führern der SPD und der USPD, der 1917 von der SPD abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, konnte der am gleichen Tag zusammentretenden Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte schon eine Regierung präsentiert werden. Die Versammlung nahm die Nachricht von der



◀ Am 9. November 1918 rief Philipp Scheidemann in Berlin die Republik aus, gleichzeitig wurde mit dem »Rat der Volksbeauftragten« eine neue vorläufige Regierung gebildet. Die Fotopostkarte aus dem Jahr 1919 zeigt die Mitglieder des Rates, rechts in der Mitte Scheidemann, oben rechts Friedrich Ebert

Einigung zwischen den beiden Arbeiterparteien mit großer Zustimmung auf und bestätigte auch die Regierungsbildung. Die von den Linksradiakalen durchgesetzte Bildung eines Vollzugsrates als Kontrollorgan und »Gegenregierung« zum Rat der Volksbeauftragten hat keine Bedeutung erlangt.

Dem Rat der Volksbeauftragten gehörten die Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Landsberg an sowie Haase, Dittmann und Barth von der USPD. Ebert und Haase führten gemeinsam den Vorsitz. Die drei Politiker der USPD traten jedoch unter dem Druck ihrer Partei am 29. Dezember 1918 wieder aus der Regierung aus. Sie protestierten mit diesem Schritt gegen die Vorgänge bei der Niederwerfung eines Matrosenaufstandes in Berlin in den Weihnachtstagen. Nach dem von Ebert am 10. November 1918 mit General Groener von der Obersten Heeresleitung geschlossenen Pakt konnte die Regierung reguläre und intakte Truppen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande anfordern und einsetzen. Demgemäß hatten Truppen diesen Aufstand Weihnachten 1918 niedergeworfen.

Der Rat der Volksbeauftragten wurde daraufhin durch die Sozialdemokraten Noske und Wissell ergänzt und regierte, unterstützt durch Staatssekretäre aus bürgerlichen Parteien, bis zur Übergabe der Regierungsgeschäfte an die Nationalversammlung (► 10.5) am 10. Februar 1919. Er hat mit der Ausschreibung der Wahlen für eine Nationalversammlung zum 19. Januar 1919 die Weichen für eine parlamentarische Demokratie gestellt.

### 10.3 Spartakusbund

Auf dem äußersten linken Flügel der SPD hatte sich 1916 eine oppositionelle Gruppe gebildet, nach ihrem illegal erscheinenden Presseorgan »Spartakusbriefen« zunächst »Spartakusgruppe« genannt, die sich nach der Abspaltung der USPD 1917 dieser Partei anschloss. Ihre Führer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gründeten am 1. Januar 1919 zusammen mit anderen Linksradiakalen die KPD (► 10.17).

Die Spartakisten wollten die Revolution vollenden und alle Macht den Räten übertragen. Nach dem Spartakusaufstand in Berlin im Januar 1919, der im Auftrag des Volksbeauftragten Noske von Freikorps blutig niedergeschlagen wurde, gerieten auch Liebknecht und Rosa Luxemburg in Gefangenschaft. Beide wurden beim Abtransport von Freikorpsoffizieren ermordet. Diese Mordtat brachte den regierenden Sozialdemokraten aus Kreisen der Arbeiterschaft den Vorwurf der Komplizenschaft mit der Reaktion ein.

Das von Rosa Luxemburg, die von der Rechtspresse als Parteigängerin Moskaus verurteilt worden war, verfasste »Spartakusprogramm« unterschied sich in wesentlichen Punkten von der bolschewistischen Lehre Lenins. Es strebte zwar die Räterepublik an, doch tendierte es zu einem demokratischen Kommunismus: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei ... ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anderen Denkenden.«

### 10.4 Räterepublik

Ziel der linksradikalen Revolutionäre war die Errichtung einer Räterepublik. Alle Macht im Staate sollte auf die Arbeiter- und Soldatenräte übergehen, die sich überall im Lande gebildet hatten. Die oberste Gewalt im Staate sollte der aus den Räten zu wählende Zentralrat übernehmbar sein, die Wirtschaft sollte vergesellschaftet werden.

Die Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte hatte am 10. November 1918 die von SPD und USPD vereinbarte provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, anerkannt, ihr aber mit dem Vollzugsrat ein Kontrollorgan an die Seite gestellt, das die Mitregierung der Räte gewährleisten sollte. Diese Einrichtung hat jedoch gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten keine spürbaren Funktionen ausüben können, da die Mehrzahl der Räte dem Plan Friedrich Eberts zuneigte, Wahlen zu einer Nationalversammlung auszuschreiben. Endgültig hat die Reichskonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 20. Dezember in Berlin sich für die Wahlen zur Nationalversammlung und damit für das parlamentarische System ausgesprochen.

Spätere Versuche linksextremer Gruppen, die sich v. a. in der KPD (► 10.17) zusammenschlossen, mit Streiks und der Ausrufung von Räterepubliken in verschiedenen Städten bzw. Ländern (so u. a. in Bremen, Braunschweig und in Bayern) die Revolution doch noch in ihrem Sinne zu vollenden und die Reichsregierung zu stürzen, wurden durch reguläre Reichswehreinheiten und Freikorps vereitelt, die teilweise mit brutaler Gewalt gegen die Aufständischen

vorgingen und massenweise Erschießungen vornahmen.

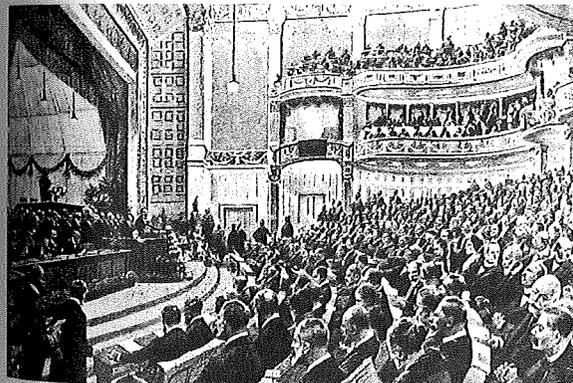
Diese Vorgänge haben zu schweren Zerwürfnissen zwischen Teilen der Arbeiterschaft und der regierenden SPD, die dafür verantwortlich gemacht wurde, geführt und die Republik schon in ihrem Anfangsstadium erheblich belastet.

### 10.5 Nationalversammlung

Erstmalig in der deutschen Geschichte waren zu den vom Rat der Volksbeauftragten (► 10.2) ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 auch die Frauen zugelassen. Wahlberechtigt waren alle mindestens 20 Jahre alten Männer und Frauen. Die Wahlbeteiligung war hoch, sie betrug 83%.

Stärkste Partei wurde die SPD. Sie errang insgesamt 165 der 423 Mandate, war aber mit den erreichten 37,9% auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen. Die Sozialdemokraten schlossen sich mit dem Zentrum, das 91 Mandate (=19,7%) erhielt, und der aus der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei neu entstandenen, linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die auf 75 Mandate (=18,5%) gekommen war, zu einem Regierungsbündnis, der Weimarer Koalition (► 10.9), zusammen. Gemeinsam verfügten die drei Parteien, die schon im letzten kaiserlichen Reichstag eine Mehrheit besessen hatten, über 331 Mandate. Das waren über 78%. Die USPD errang nur 22 Mandate (=7,6%).

Auf dem rechten Flügel erhielten die aus der Nationalliberalen Partei hervorgegangene Deutsche Volkspartei (DVP) 19 Sitze (=4,4%) und die aus den ehemaligen konservativen Gruppierungen entstandene Deutschnationale



◀ Die Eröffnungssitzung der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung im Nationaltheater in Weimar am 6. Februar 1919. Die Zeichnung erschien in der Leipziger »Illustrierten Zeitung«

Volkspartei (DNVP) 44 Sitze (=10,3%). Beide Parteien waren als Anhänger der Monarchie Gegner des neuen Staates.

Die Nationalversammlung wählte am 11. Februar 1919 *Friedrich Ebert* (▶ 10.6), den Vorsitzenden der SPD, zum ersten *Reichspräsidenten* (▶ 10.8) der Republik und beschloss am 22. Juni 1919 mit 262 Stimmen gegen die Stimmen von DVP, DNVP und USPD die *Weimarer Verfassung* (▶ 10.7).

## 10.6 Friedrich Ebert

Am 4. Februar 1871 als Sohn eines Schneidermeisters in Heidelberg geboren, lernte Ebert als Sattlergeselle in Mannheim früh das soziale Elend des Proletariats kennen. Er ging in die Gewerkschaftsarbeit und wurde 1889 Mitglied der SPD, 1893 Redakteur in Bremen und 1912 Reichstagsabgeordneter. Bei Kriegsbeginn trat Ebert in der SPD-Fraktion für den *Burgfrieden* (▶ 9.15) und die Bereitschaft zur Landesverteidigung ein, war aber ein entschiedener Gegner der Annexionspolitik. Seit 1913 Vorsitzender der SPD, als Nachfolger August Bebels, setzte sich Ebert während des Krieges bald für einen Verständigungsfrieden ein. Im Januar 1918 suchte er bei Ausbruch des Berliner Munitionsarbeiterstreiks zu vermitteln und Ausweitungen zu verhindern.

Am 9. November 1918 übertrug ihm der letzte kaiserliche Reichskanzler die Regierungsgeschäfte. Im *Rat der Volksbeauftragten* (▶ 10.2) bemühte Ebert sich, die revolutionären Unruhen zu beenden und die Ausschreibung von Wahlen für eine Nationalversammlung durchzusetzen – mit dem Ziel, eine parlamentarische Demokratie zu errichten. Sein am 10. November 1918 geschlossener Pakt mit der Obersten Heeresleitung zur Wiederherstellung der Ordnung im Lande wurde ihm als Verrat an den Zielen der Arbeiterschaft und an der Revolution ausgelegt, weil er den Einsatz militärischer Verbände und *Freikorps* (▶ 10.14) gegen Arbeiteraufstände zur Folge hatte.

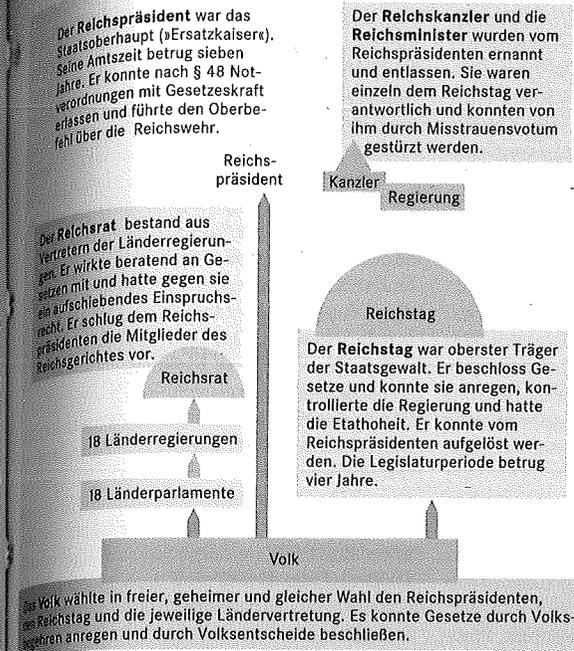
Am 11. Februar 1919 von der Nationalversammlung zum ersten *Reichspräsidenten* (▶ 10.8) der Republik gewählt, hat Ebert sich gewissenhaft bemüht, sein Amt mit Würde auszufüllen und stets ein Präsident für alle Schichten des Volkes zu sein. Am 24. Oktober 1922 bestätigte ihn der Reichstag mit überwältigender Mehrheit auf weitere drei Jahre in seinem Amt. Wegen der

unsicheren politischen Situation hatten die Volkvertreter auf eine in der Verfassung vorgeschriebene Neuwahl durch das Volk verzichtet. Von der sich verstärkenden rechten Opposition wurde Ebert jedoch zunehmend mit Verleumdungen und Verdächtigungen verfolgt. Schließlich musste er sich gegen die Anklage des Landesverrats (wegen seiner seinerzeitigen Beteiligung an dem Munitionsarbeiterstreik zur Wehr setzen. In dem Urteil vom Dezember 1924 wurde zwar der verantwortliche Redakteur wegen Beleidigung verurteilt, der Vorwurf des Landesverrats jedoch nicht zurückgewiesen. Ebert starb am 28. Februar 1925 an den Folgen einer in der Hetze der Prozessstage verschleppten Blinddarmentzündung.

## 10.7 Weimarer Verfassung

Mit der Ausarbeitung einer Reichsverfassung hatte der *Rat der Volksbeauftragten* (▶ 10.2) bereits den Staatssekretär des Innern, den Berliner Staatsrechtler Professor Hugo Preuß, beauftragt. Seine ursprüngliche Absicht, mit einer Gebietsreform aus einer Anzahl etwa gleich großer Länder einen einheitlichen, zentralisierten Staat zu schaffen, stieß auf den Protest der Länder, insbesondere Preußens, und konnte nicht verwirklicht werden, weil die Länder auch nach dem Fortfall der Dynastien ein gewisses Maß an Eigenleben beibehalten wollten. Die Verfassungsurkunde wurde am 11. August 1919 vom Reichspräsidenten unterzeichnet. Der Text der Verfassung ist in zwei Hauptteile gegliedert: Aufbau und Aufgaben des Reiches (Artikel 1–108) und Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen (Artikel 109–169). Übergangs- und Schlussbestimmungen sind in den Artikeln 166–181 enthalten.

Die Verfassung beruhte auf dem Grundsatz der Volkssouveränität: »Alle Macht geht vom Volke aus.« Das Volk regierte durch den in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl zustande gekommenen Reichstag. Die Reichsregierung war von dem Vertrauen der Mehrheit der Abgeordneten abhängig. Dem für vier Jahre gewählten Reichstag stand das Gesetzgebungsrecht zu. Er konnte zwischenzeitlich nur vom Reichspräsidenten aufgelöst werden. Neben dem Reichstag bestand der Reichsrat, das Gremium der Länderregierungen, der lediglich eine beratende Funktion und ein nur aufschiebendes Vetorecht besaß.



Die Weimarer Reichsverfassung, in die sowohl Gedanken des Freiherrn vom Stein als auch Verfassungsentwürfe der Frankfurter Paulskirche von 1848 eingeflossen sind, sollte in ihrem tolerantesten Geist den Bürgerkrieg in Deutschland beenden und ein Friedensvertrags zwischen allen politischen Gruppen in dem neuen Staat sein. Sie sollte auch den abseits stehenden Kräften im deutschen Volk den Weg in ein neues, republikanisches Deutschland öffnen. Sie ist dennoch – und gerade deshalb – bald auf heftige Kritik sowohl von links wie auch von rechts gestoßen.

## 10.8 Reichspräsident

Der Reichspräsident war vom Vertrauen des Reichstages unabhängig. Er wurde jeweils auf sieben Jahre und unmittelbar vom Volk gewählt. Er ernannte Reichskanzler und Reichsminister und konnte sie auch entlassen. Er hatte das Recht, den Reichstag aufzulösen. Als Inhaber des Oberbefehls über die *Reichswehr* (▶ 10.16) war er berechtigt, den Belagezustand über das ganze Reichsgebiet zu

Der Reichspräsident war das Staatsoberhaupt (»Ersatzkaisers«). Seine Amtszeit betrug sieben Jahre. Er konnte nach § 48 Notverordnungen mit Gesetzeskraft erlassen und führte den Oberbefehl über die Reichswehr.

Reichspräsident

Kanzler  
Regierung

Reichstag

Der Reichstag war oberster Träger der Staatsgewalt. Er beschloss Gesetze und konnte sie anregen, kontrollierte die Regierung und hatte die Etathoheit. Er konnte vom Reichspräsidenten aufgelöst werden. Die Legislaturperiode betrug vier Jahre.

Das Volk wählte in freier, geheimer und gleicher Wahl den Reichspräsidenten, den Reichstag und die jeweilige Landesvertretung. Es konnte Gesetze durch Volksanträge anregen und durch Volksentscheide beschließen.

◀ Die Weimarer Reichsverfassung

verhängen und in Fällen des Staatsnotstandes vorübergehend Verfassungsrechte der Bürger ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen. Diese außerordentlichen Vollmachten des Reichspräsidenten haben dem Staatsoberhaupt Züge eines »Ersatzkaisers« gegeben. Dass diese weit reichenden Befugnisse des Artikels 48 in der Hand eines Präsidenten, der kein überzeugter Anhänger der Republik war, zu folgenreicheren Entwicklungen führen konnten, haben die Verfassungsväter nicht erkannt. Schon unter dem monarchisch gesinnten zweiten Reichspräsidenten, dem ehemaligen Feldmarschall *Paul von Hindenburg* (▶ 10.29), war diese Situation eingetreten. Die missbräuchliche Handhabung des Artikels 48 hat unter Hindenburg Zug um Zug zur Auflösung des parlamentarischen Systems geführt und über das *Präsidentialregime* (▶ 10.36) den nahtlosen Übergang zur nationalsozialistischen Diktatur ermöglicht.

## 10.9 Weimarer Koalition

Nach der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar bildeten die SPD, das Zentrum und die DDP (Deutsche Demokratische Partei) die

erste republikanische Regierung. Gemeinsam hatten sie mit insgesamt 76 % der Stimmen die weit überwiegende Mehrheit des Volkes hinter sich. Ministerpräsident dieser Koalitionsregierung, der Weimarer Koalition, wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann. Die Voraussetzungen für ein Gelingen der parlamentarischen Arbeit schienen gegeben zu sein. Aber schon formierten sich auf den Flügeln rechts und links die Gegner der Demokratie zum Sturm auf den Staat.

Der massive Einsatz von Freikorpsformationen gegen Aufstandsversuche der Linksradikalen führte zu einer starken Entfremdung zwischen der Arbeiterschaft und der SPD. Die Unterzeichnung des *Versailler Vertrages* (► 10.11) durch zwei Minister der Koalition rief eine hemmungslose Agitation der politischen Rechten gegen die Weimarer Parteien hervor, die *Dolchstoßlegende* (► 10.13) wurde in Umlauf gesetzt. Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 verlor die Weimarer Koalition ihre absolute Mehrheit. Sie hat sie bis zum Ende der Republik nie wieder erreicht.

Lediglich im größten Land der Republik, Preußen, bestand seit 1920 eine Regierung der Weimarer Koalition mit kurzen Unterbrechungen unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun bis 1932. Sie galt als stärkstes Bollwerk der Demokratie bis zu der *Reichsexekution* (► 10.37) des Reichskanzlers von Papen am 20. Juli 1932.

### 10.10 Parlamentarisches System – Parteien der Republik

Das parlamentarische System hatte mit der Wahl zur Nationalversammlung über die Pläne der linksradikalen Revolutionäre, die *Räterepublik* (► 10.4), die Diktatur des Proletariats durchzusetzen, den Sieg davongetragen. Parlamentarisches System bedeutet eine Regierungsmethode, die auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruht. Das Parlament ist die aus den Parteien in Wahlen zustande gekommene Volksvertretung. Es übt die gesetzgebende Gewalt, die Legislative, aus. Die aus den die Mehrheit im Parlament bildenden Parteien aufgestellte Regierung besitzt die Regierungsgewalt, die Exekutive. Neben diesen beiden Institutionen steht – gleichberechtigt und unabhängig –

die richterliche Gewalt, die Judikative. In einem funktionierenden parlamentarischen System sind grundsätzlich alle Parteien miteinander koalitionsfähig.

Die Parteien der Weimarer Republik zerfielen von Anfang an in zwei sich schon in ihrer Grundeinstellung extrem voneinander unterscheidende Gruppen, die den neuen Staat beherrschenden und ihn tragenden Parteien und die die verneinenden und bis zur Zerstörung bekämpfenden Gruppierungen. Zwischen diesen beiden Gruppen gab es so gut wie keine Kompromissbereitschaft. Das hat die parlamentarische Arbeit der Weimarer Republik von Anbeginn an belastet und infrage gestellt.

Die in der *Weimarer Koalition* (► 10.9) zusammengeschlossenen Parteien SPD, Zentrum und DDP waren in der Nationalversammlung abgesehen von einigen Splittergruppen, die drei großen, die junge Republik tragenden Parteien. Die USPD auf dem linken Flügel und die DVP und die DNVP auf dem rechten waren Gegner der parlamentarisch-demokratischen Republik.

Aber schon bei den ersten Reichstagswahlen am 6. Juni 1920, als die Bedingungen des *Versailler Vertrages* (► 10.11) bekannt geworden waren und die *Dolchstoßlegende* (► 10.13) in Umlauf gesetzt worden war, verloren die drei Parteien ihre Mehrheit, die sie nie wiedererlangen sollten. Dagegen errangen sowohl die USPD (ihre Mitglieder schlossen sich 1921/22 teils der KPD, teils der SPD an) als auch die beiden Rechtsparteien starke Stimmengewinne. Eine bürgerliche Minderheitsregierung kam daraufhin zustande, weil sich jetzt die DVP unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden Gustav Stresemann zu einer den Staat mittragenden Partei gewandelt hatte.

Auch die DNVP, die der Monarchie anhing, hat sich zeitweise an Regierungsbildungen beteiligt, bis sie 1928 unter ihrem neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg endgültig eine extrem rechtsradikale und den Weimarer Staat verneinende Position einnahm.

Die KPD (► 10.17) entwickelte sich seit Mitte der 20er-Jahre zu einer unter dem Diktat Moskaus stehenden Kaderpartei, die die Weimarer Republik ebenso kompromisslos ablehnte und bekämpfte wie die rechtsradikale NSDAP (► 10.35), die jedoch erst am Ende der 20er-Jahre in Erscheinung trat.

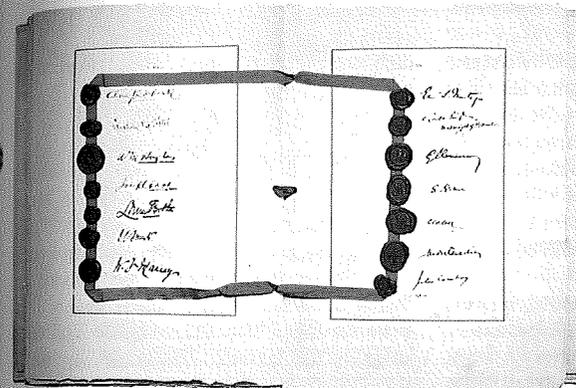
Die SPD hat nur noch einmal, 1928–30, mit Hermann Müller einen Kanzler gestellt, der eine große Koalition zwischen SPD, Zentrum, Bayerischer Volkspartei, DDP und DVP bildete. Als sie an innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zerbrach, war das parlamentarische System praktisch am Ende. Mit der Ernennung des Zentrums politiklers *Heinrich Brüning* (► 10.33) zum Reichskanzler durch Reichspräsident *Paul von Hindenburg* (► 10.29), ohne dass der Reichstag eingeschaltet wurde, war der Weg in das Präsidialsystem beschritten.

### 10.11 Versailler Vertrag

Die Pariser Friedenskonferenz tagte seit dem 18. Januar 1919 unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau im Beisein von Delegierten aus 32 Staaten. Vertreter der ehemaligen Feindmächte waren nicht zugelassen. Die Entscheidungen fielen im Wesentlichen im „Rat der Vier“, zu dem neben dem französischen Ministerpräsidenten der amerikanische

mündliche Verhandlung wurde ihnen nicht zugestanden, sie konnten sich lediglich schriftlich zu den einzelnen Punkten äußern.

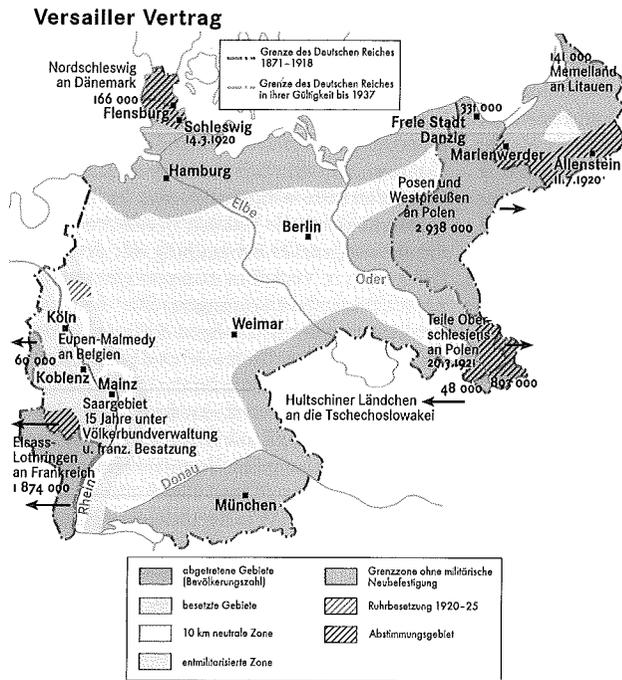
Die Bekanntgabe der Bedingungen rief in Deutschland über alle Partein hinweg helle Empörung hervor. Deutschland sollte an seinen Grenzen, vornehmlich im Westen und Osten, Gebietsverluste von etwa 70 000 km<sup>2</sup> hinnehmen und sämtliche Kolonien verlieren. Neben der demütigenden Behandlung der deutschen Delegation in Versailles waren es vor allem die Entwaffnungsbestimmungen, die geforderte Auslieferung des ehemaligen Kaisers und noch zu benennender Generale und Politiker als Kriegsverbrecher sowie besonders der *Kriegsschuld-Artikel* (► 10.12), in dem Deutschland die alleinige Schuld am Krieg anerkennen und die Verantwortung für alle entstandenen Schäden übernehmen sollte – das Ausmaß der zu übernehmenden Wiedergutmachungsleistungen, der *Reparationen* (► 10.18), war noch gar nicht abzusehen –, die auf einhellige und entschiedene Ablehnung im Volk und im Parlament stießen.



◀ Doppelseite aus dem Versailler Vertragsdokument vom 28. Juni 1919 mit Unterschriften und Siegeln einiger Siegermächte

Präsident Wilson, der britische Premierminister Lloyd George und der italienische Regierungschef Orlando gehörten. Über die den besiegten Völkern aufzuerlegenden Friedensbedingungen kam es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Verbündeten, bis schließlich die Delegationen der Unterlegenen zur Entgegennahme der Vertragsbestimmungen aufgefordert wurden. Die deutschen Abgesandten unter Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau erhielten am 7. Mai 1919 das fertig gestellte Vertragswerk ausgehändigt. Eine

Die Regierung Scheidemann trat zurück. In der Nationalversammlung wurde unter dem Druck eines Ultimatums der Alliierten, den Krieg wieder aufzunehmen und Deutschland militärisch zu besetzen, wenn nicht binnen einer gesetzten Frist der Vertrag unterschrieben werde, heftig über die Frage der Unterzeichnung gestritten. Schließlich setzte sich die Ansicht durch, dass dem entwaffneten und wehrlosen Land keine andere Möglichkeit mehr blieb, als den Vertrag zu akzeptieren. Am 28. Juni 1919 unterzeichneten die Minister Hermann Müller (SPD) und



Hans Bell (Zentrum) den Vertrag. Obwohl sich alle Parteien in der Nationalversammlung vorher gegenseitig ehrenhafte Motive für ihre Einstellung zu dieser schicksalsschweren Entscheidung zugebilligt hatten, wurde dennoch die Annahme des Versailler Vertrages bald von der politischen Rechten den Parteien der Weimarer Koalition als Kapitulation und Verrat an der Nation angelastet.

Der Vertrag ist auch in Großbritannien und vor allem in den USA, die ihn nie ratifiziert haben, auf heftige Kritik gestoßen.

In der Sicht heutiger Historiker und im Rückblick der Generationen, die den totalen Zusammenbruch von 1945 erlebt haben, wird das Vertragswerk sehr viel objektiver und emotionsfreier gesehen. Zwar wird zugegeben, dass die Bestimmungen des Vertrages für die junge Demokratie eine außerordentliche Belastung bedeutet haben, zumal ihre Politiker im Glauben an die von Wilson zur Grundlage erhobene Völkerverständigung nach Versailles angereist waren. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass das Deutsche Reich in seinem Gefüge weitgehend erhalten blieb und in relativ kurzer Zeit, in der Ära *Stresemann* (►10.25), wieder

den Rang einer europäischen Großmacht einnehmen konnte.

### 10.12 Kriegsschuld-Artikel (Artikel 231)

Der Artikel 231 des Versailler Vertrages, der in Deutschland von den Rechtsparteien bis weit in die Sozialdemokratie hinein und in vielen Bevölkerungsschichten so große Emotionen ausgelöst hat, lautet:

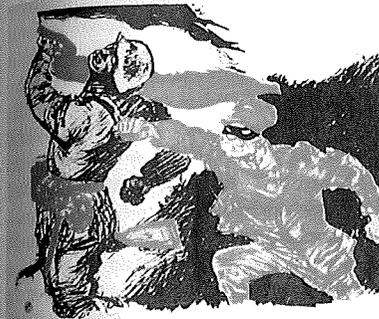
»Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.«

Diese These von der Alleinschuld Deutschlands wurde das Fundament für alle Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten. In den 1960er-Jahren war sie Gegenstand einer heftigen historisch-politischen Kontroverse.

### 10.13 Dolchstoßlegende

Die militärische Niederlage, die die Oberste Heeresleitung am 2. Oktober 1918 öffentlich vor den Parteiführern eingestand, wirkte auf die deutsche Bevölkerung wie ein furchtbarer Schock. Nach all den Siegesmeldungen, selbst noch aus den letzten Monaten, wollte man die Niederlage nicht zur Kenntnis nehmen. Schon bei der Begrüßung heimkehrender Fronttruppen in der Heimat tauchte das Wort »im Felde unbesiegt« auf.

Bald schon erschien das Wort »Dolchstoß« in der Rechtspresse, wurde die Revolution für die Niederlage verantwortlich gemacht. Die Dolchstoßlegende war geboren. Die Heimat sei der kämpfenden Front in den Rücken gefallen. Hindenburg untermauerte diese Deutung des Zusammenbruchs, indem er am 18. November 1919 vor dem Untersuchungsausschuss der National-



Was hat der **Westkrieg** dem deutschen Heere den Dolchstoß verlehrt? Wer ist Schuld daran, daß unser Heer und Vaterland so tief ins Unglück stürzen mußte? Der Parteiführer der **Deutschen Arbeiter Partei** sagt es noch bei der Revolution 1919 in Magdeburg:

Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur **Frontschlacht** veranlaßt. Die **Frontschichten** haben wie organisiert, mit solchen **Dampfern** ausgestattet, mit **Gas** und **wasserdichten** Schutzkleidern versehen. Wir haben diese Leute nach **allen** **Stimmungsrichtungen**, hauptsächlich **wieder** an die **Front** geschickt, damit sie die **Frontschichten** **besuchen** und die **Front** **verändern** können. **Dort** haben die **Frontschichten** **überzeugt**, und so hat sich der **Verfall** **offenbart**, aber **über** **unser** **Heer**.

So hat die **Christenheit** **nicht** **unterstützt**. Die **Demokraten** und **die** **Leute** **um** **Stresemann**, **die** **im** **2. Dezember** **bei** **der** **Reichsversammlung** **in** **Frankfurt** **am** **18. November** **1919** **sagten** **und** **die** **immer** **gesagte** **nicht**.

**zweiten Dolchstoß**  
 durch **Christenheit** **in** **Deutschland** **mit** **den** **Demokraten** **und** **den** **sozialdemokratischen** **Parteien** **zu** **Skaven** **der** **Entente** **machen**,  
 und **so** **hat** **die** **Reichsversammlung** **nicht** **gebilligt**.

**Wollt ihr das nicht,  
 dann  
 Wählt deutschnational!**

▲ *Dolchstoßlegende. Das Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei aus dem Jahr 1924 suggeriert, dass die (rote) Revolution in der Heimat 1918 das »im Felde unbesiegte« Heer von hinten gemeuchelt habe*

versammlung sich auf die Aussage eines britischen Generals berief und erklärte, die deutsche Armee sei von hinten erdolcht worden.

Das unverändert große Ansehen, das der ehemalige Feldmarschall noch immer im deutschen Volk genoss, sorgte dafür, dass die Dolchstoßlegende – obwohl sachlich völlig unhaltbar – rasch eine außerordentlich große Verbreitung erfuhr und eine entsprechende Wirkung erzielte. Sie ist ständig von der politischen Rechten als Waffe im innenpolitischen Kampf gegen die Weimarer Parteien verwandt worden. Sie wurde schließlich in der Propaganda der Nationalsozialisten zum tödlichen Dolchstoß gegen die erste deutsche Republik.

### 10.14 Freikorps

Das besiegte Deutschland musste sich im *Versailler Vertrag* (►10.11) verpflichten, seine Fronttruppen zügig zu entwaffnen und ins Zivilleben zu überführen. Da viele jüngere Offiziere und Soldaten weder die Niederlage eingestehen noch sich entwaffnen lassen wollten, bildeten sich zahlreiche Freiwilligenverbände, die die noch bestehende Oberste Heeresleitung sowohl im Baltikum und den ungeschützten Grenzgebieten im Osten gegen polnische Übergriffe zum Einsatz brachte als auch im Reich zum Schutze der Regierung und zur Niederwerfung von revolutionären Unruhen und kommunistischen Aufständen einsetzte.

Diese Freiwilligenverbände waren zum größten Teil streng disziplinierte, auf eine Führerpersönlichkeit eingeschworene Männerbünde, zum Teil auch wilde Landsknechtshaufen. Obwohl Gegner des neuen republikanischen Staates, ließen sie sich dennoch von der Regierung gegen linksradikale Putschversuche einsetzen, weil sie die größte Gefahr im Sieg der Revolution und in einer Bolschewisierung Deutschlands sahen. Viele Freikorpsangehörige wurden später in die *Reichswehr* (►10.16) übernommen, andere landeten in völkischen Verbänden und in der *NSDAP* (►10.35).

### 10.15 Kapp-Putsch

Militante Rechtskreise, unterstützt durch Freikorpsführer und höhere Truppenkommandeure, hatten sich im Sommer 1919 zu einer »Nationalen Vereinigung« zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und

**Arbeiter! Parteigenossen!**

Der Militärrussch ist da! Die Weltumklopferei, die sich vor der bevorstehenden Wühlung nachzu, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen, und eine diktatorische Regierung zu bilden.

Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze!

Arbeiter, Genossen!

Wir haben die Resolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landbeschneidung zu unterwerfen. Wir haben nicht mit den Weltum-Klopfereien.

Arbeiter, Genossen!

Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmern geschlagen, eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

Es geht um alles! Darum sind die härtesten Mittel geboten.

Kein Viechtich darf laufen, solange die Militärdiktatur der Landesherrn herrscht!

Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieer realistischen Eliten die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Lasset allen Spieß beselste! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelms II.:

Verhufung jeden Wirtschaftslebens! Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletariat darf der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie!

Proletariat bereinigt Euch! Wieder mit der Gegenrevolution!

Sie sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:  
Ebert, Bauer, Noske, Schuler, Schulze,  
David, Müller.  
Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei:  
Eino Jäms.

▲ Am 13. 3. 1920 veröffentlichter Aufruf des Reichspräsidenten Ebert, der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und des SPD-Parteivorstands zum Generalstreik gegen den Kapp-Putsch

wieder die Monarchie zu errichten. Als von der Regierung die Auflösung zahlreicher noch bestehender militärischer Einheiten und Freikorps (► 10.14) angeordnet wurde, um die Weisung der Interalliierten Militärkommission zu befolgen, fürchteten viele Offiziere und Soldaten um ihre Existenz und widersetzten sich dem Befehl der Regierung. Am 13. März 1920 besetzten Truppeneinheiten unter Führung des Generals von Lüttwitz das Berliner Regierungsviertel. Reichspräsident und Reichsregierung, die einige Tage vorher eine ultimative Rücktrittsforderung der Verschwörer abgewiesen hatten, waren nach Dresden ausgewichen. Der Kopf der Verschwörer, der ehemalige ostpreussische Generallandwirtschaftsdirektor Wolfgang Kapp, übernahm die gesamte Gewalt als Reichskanzler. Er erklärte die bisherige Regierung für abgesetzt und die Nationalversammlung für aufgelöst. Von Dresden aus forderte die Reichsregierung das deutsche Volk zum Widerstand und zum

Ungehorsam gegen die Aufrührer auf. Die Gewerkschaften riefen den Generalstreik aus, den in ganz Deutschland von den Arbeitern und Angestellten befolgt wurde. Auch die höheren Beamten der Reichsbehörden verweigerten den Aufständischen den Gehorsam. Nach vier Tagen sahen die Putschisten ein, dass sie verloren hatten. Kapp flüchtete ins Ausland, die Truppen zogen sich in ihre Kasernen zurück.

**10.16 Reichswehr**

Die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag (► 10.11) zugestandene Streitmacht durfte eine Truppenstärke von 100 000 Mann für das Heer und 15 000 Mann für die Marine (einschließlich der Offiziere) nicht übersteigen. Die Reichswehr wurde eine Armee von länger dienenden Freiwilligen, ein Berufsheer. Den Oberbefehl führte nach der Weimarer Verfassung der Reichspräsident, im Frieden übte als sein Stellvertreter die Befehlsgewalt der Reichswehrminister aus. Oberste soldatische Spitze war der Chef der Heeresleitung. Diese Funktion übernahm nach dem Ende des Kapp-Putsches der General von Seeckt, obwohl dieser als Chef des Truppenamtes während des Kapp-Putsches sich geweigert hatte, Reichswehreinheiten gegen die Aufständischen vorgehen zu lassen (»Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr«). Seeckt machte aus der Reichswehr, indem er die Tagespolitik aus den Kasernen strikt verbannte, einen Staat im Staate. Mit dieser Abschottung sollte die Truppe gegen alle Versuche der Regierung und der Parteien, demokratische Gestaltung zu verbreiten und die Reichswehr zu einer echten Streitmacht der Republik zu machen, abgesichert werden. Aus dieser Distanz zur Republik heraus war die Reichswehrführung unempfindlich gegenüber dem dem Staat durch die Nationalsozialisten drohenden tödlichen Gefahr und ging 1933 widerstandslos zu Hitler über.

**10.17 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**

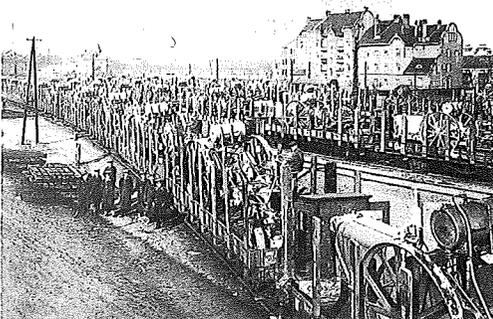
Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde durch den Zusammenschluss des Spartakusbundes (► 10.3) mit Bremer Linksradika-

len auf einem Parteitag vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin gegründet. Ihr Programm war die Vollendung der Revolution und die Errichtung einer Räterepublik Deutschland. Der Generalstreik der Arbeiter, der im März 1920 den rechtsradikalen Kapp-Putsch zum Scheitern gebracht hatte, wurde in verschiedenen Gegenden des Reiches von KPD-Funktionären mit Unterstützung sowjetrussischer Interventionisten auf Aufständen gegen die Reichsstrukturen ausgeweitet. In Sachsen und Thüringen gingen bewaffnete Selbstschutzverbände der Arbeiter gegen Reichswehreinheiten und Freikorps vor, im Ruhrgebiet formierte sich eine »rote Armee«, die einige Wochen lang große Teile des Industriegebietes besetzt hielt und sich mit den von der Regierung gegen sie aufgestellten Freikorps blutige Gefechte lieferte. Dieses Vorgehen der sozialdemokratisch geführten Regierung gegen Arbeiter brachte der KPD bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 erhebliche Verluste, die der USPD zugute kamen. Die KPD vermochte in dieser Wahl noch keine nennenswerten Stimmenfolge zu erzielen, sie profitierte aber von der Spaltung der USPD im Oktober 1920, deren linker Flügel sich der KPD anschloss. Erst jetzt wurde die KPD die Arbeiter-Massenpartei. Während der durch die Ruhrbesetzung (► 10.20) und die Separatistenaktionen verursachten Notsituation des Reiches versuchte die KPD erneut, mit Rückendeckung Moskaus einen Umsturz im Reich auszulösen. Die Reichsregierung aber reagierte prompt mit der Erklärung des Ausnahmezustandes und ließ in Sachsen und Thüringen durch Reichswehreinheiten die Aufstände im Keim ersticken. In den folgenden Jahren wurde die KPD nach inneren Fraktionskämpfen zur Kaderpartei, die stark von der sowjetischen Kommunistischen Partei abhängig war. Ihr Führer, Ernst Thälmann, trat bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 und 1932 als Kandidat der Kommunisten an. Die KPD sah in den Sozialdemokraten ihren politischen Hauptfeind. Dabei beachtete sie die Gefahr nicht, die mit dem rapiden Anwachsen der Nationalsozialisten heraufzog. Eine geballte Abwehrfront der Arbeiter gegen den Faschismus kam somit nicht zustande. Nach dem Regierungsantritt Hitlers wurde die KPD schnell zerschlagen, ihre Funktionäre, Reichs- und Landtagsabgeordneten verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen. Thälmann

wurde nach elfenhalbjähriger KZ-Haft im August 1944 von der SS ermordet. Trotz aller Verfolgungen gelang es den Kommunisten, im Untergrund ihre Organisation in begrenztem Umfang aufrechtzuerhalten.

**10.18 Reparationen**

Im Versailler Vertrag (► 10.11) war eine genaue Fixierung der Wiedergutmachungsleistungen noch nicht vorgenommen worden. Eine Reparationskommission war gebildet worden, die als Vollstreckungsorgan mit weit reichenden Kontrollfunktionen ausgestattet worden war. Sie hatte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jungen Republik ständig zu überwachen. 1921 wurde die Gesamtsumme der Reparationen mit 132 Milliarden Goldmark, zahlbar in 30 Jahren, festgelegt. Das Reparationsproblem,



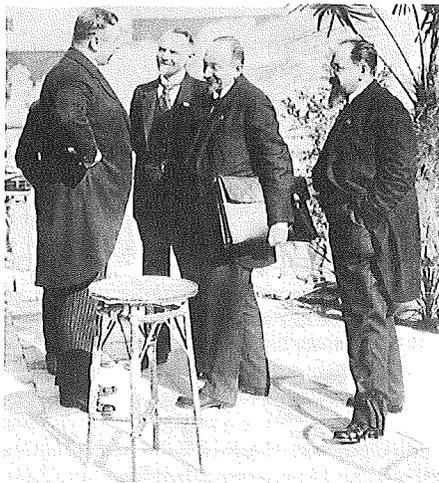
▲ Abtransport landwirtschaftlicher Maschinen aus Deutschland, die nach dem Versailler Vertrag als materielle Reparationsleistungen an Frankreich geliefert werden mussten

das Ringen um erträgliche Zahlungsbedingungen und Sachlieferungen, um zeitweiligen Zahlungsaufschub, stand in den Jahren der Weimarer Republik im Vordergrund aller außenpolitischen Verhandlungen und hat auch die Innenpolitik schwer belastet. Auch die in späteren Vereinbarungen (Dawesplan, ► 10.24, und Youngplan, ► 10.30) verbesserten Zahlungsbedingungen stießen bei der politischen Rechten in Deutschland auf wütende Ablehnung und wurden als Verknechtung von Generationen gebrandmarkt. Erst die Konferenz von Lausanne im Sommer 1932 brachte eine Beendigung der Reparationszahlungen.

### 10.19 Rapallo

Anlässlich einer internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua im April/Mai 1922, zu der neben einer deutschen Delegation erstmalig auch eine sowjetrussische Abordnung eingeladen war, kam es zu Sonderverhandlungen zwischen Russen und Deutschen im benachbarten Rapallo, die am 16. April zu einem Vertragsabschluss führten. In dem Vertrag von Rapallo, der auf deutscher Seite von Reichskanzler Wirth und Reichsaußenminister Rathenau, auf russischer Seite von Außenminister Tschitscherin unterzeichnet wurde, nahmen die beiden Staaten wieder diplomatische Beziehungen auf und verzichteten auf eine Erstattung der durch den Krieg verursachten Kosten und Schäden.

Die Westmächte wurden durch diesen überraschenden Vertragsabschluss der deutschen Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt und



▲ *Deutsch-sowjetische Vertragsverhandlungen in Rapallo: Reichskanzler Joseph Wirth (links) im Gespräch mit den sowjetischen Delegierten; mit der Mappe Außenminister Tschitscherin*

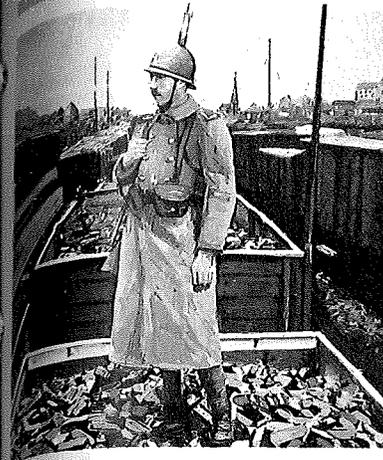
zeigten sich über das eigenmächtige Vorgehen der Deutschen verärgert, zumal der Vertrag ihre eigenen Pläne durchkreuzte. Die deutsche Delegation hat jedoch in Genua deutlich zu machen versucht, dass der Vertrag von ihr nicht dazu benutzt werden würde, West gegen Ost

auszuspielen und dadurch die deutsche Position international zu verändern. Innenpolitisch hat der Vertrag zwar eine gewisse Befriedigung darüber ausgelöst, dass die Deutschen begonnen hatten, ihre Handlungsfreiheit zurückzugewinnen, aber die Träume einer Minderheit, dass Deutschland nun eine stärker ostorientierte Politik betreiben und möglicherweise zusammen mit Russland eine Revision der Grenzen gegenüber Polen anstreben würde, zerrannen schnell. Außenminister Rathenau wurde kaum einen Monat später an der Straße von Angehörigen einer rechtsradikalen, antisemitischen Vereinigung ermordet.

### 10.20 Ruhrbesetzung

Der französische Ministerpräsident Poincaré beobachtete mit wachsendem Misstrauen die Bemühungen der Deutschen, unter Hinweis auf ihre zerrütteten Verhältnisse Erleichterungen und Aufschübe bei der Erfüllung der Reparationen (► 10.18) zu erreichen. Als die Reparationskommission Ende 1922 einen Rückstand in Holz- und Kohlelieferungen meldete, ließ Poincaré am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzen. Die französischen und belgischen Truppen sollten die Arbeit der gleichzeitig entstandenen Kontrollkommission, die die Reparationsleistungen zu überwachen hatte, absichern. In Deutschland erhob sich ein Sturm der Entrüstung, der alle Parteien- und Klassengegensätze in den Hintergrund treten ließ. Die Reichsregierung protestierte gegen die Unrechtmäßigkeit der Besetzung und stellte umgehend alle Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien ein. Sie rief die Bevölkerung des besetzten Gebietes zum passiven Widerstand auf. Als Arbeiter, Angestellte und Beamte sich den Anordnungen der Besatzungsmacht widersetzen, konterte diese mit der vollständigen Abschneuerung des Gebietes vom übrigen Reich. Die Reichsregierung, die die streikende Bevölkerung durch Geldzahlungen und Sachleistungen in Milliardenhöhe unterstützte, hoffte, Frankreich würde die Unsinnigkeit seines Vorgehens einsehen und einlenken.

Poincaré jedoch blieb unbeugsam, obwohl sich das Ruhrunternehmen als ein großer wirtschaftlicher Fehlschlag entpuppte und das französische Vorgehen auch in Großbritannien und in den USA heftig kritisiert wurde; die britische



▲ *Während der Ruhrbesetzung 1923 bewacht ein französischer Infanterist einen Kohlenzug (kolorierte Fotografie)*

Regierung erklärte sogar im August 1923, es widerspreche dem Versailler Vertrag.

Da die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches wegen der Unterstützung des Ruhrkampfes völlig erschöpft, der Wert der Mark in immer schnellerem Tempo ins Bodenlose gesunken war, blieb der neuen deutschen Koalitionsregierung unter dem Reichskanzler Gustav Stresemann (► 10.25) nur der Abbruch des Widerstandes am 26. September. Das war zwar eine erneute Kapitulation vor Frankreich und damit eine ganz unpopuläre Maßnahme. Stresemann sah darin aber den einzigen Weg zu neuen Verhandlungen, die am Ende auch zur Versöhnung zwischen den beiden Völkern führen könnten.

Wohin war die Einheit des Reiches gefährdet, weil Bestrebungen von Separatisten, eine selbstständige rheinische Republik auszurufen und aus dem Reichverband zu lösen, von Frankreich unterstützt wurden.

Da aber der Ruhrkampf abgebrochen war und die Franzosen einsahen, dass die Separatisten einen Rückhalt im Volk besaßen, gaben sie die weiter reichenden Pläne auf und ließen die Separatisten fallen. Als bald darauf auch die zerrüttete deutsche Währung auf eine neue Grundlage gestellt wurde, waren die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der innenpolitischen Lage geschaffen.

### 10.21 Inflation

Die Entwertung der Mark hatte bereits im 1. Weltkrieg mit der durch Kredite getragenen Kriegsfinanzierung begonnen. Sie setzte sich verstärkt nach Kriegsende durch die hohen Kriegsfolgelasten (Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, Wiedereingliederung der Soldaten, Unterstützung der Arbeitslosen, der Kriegsgeschädigten, Flüchtlinge und Verwundeten) sowie durch Demontagen und Reparationsverpflichtungen fort. Während die Gold- und Devisenbestände des Reiches mehr und mehr dahinschwanden, ergab sich infolge des fortwährenden überhöhten Banknotendrucks zur Befriedigung des Devisenbedarfs ein bald unübersehbarer Geldüberhang, durch den Warenknappheit, Preistreibereien, Spekulationen und Kapitalflucht ins Ausland ausgelöst wurden. Die finanzielle Unterstützung der im Ruhrkampf passiven Widerstand leistenden Bevölkerung beschleunigte die Inflation noch zusätzlich, der Wert der Mark sank nun rapide in eine bodenlose Tiefe.

Hatte ein US-Dollar im Juli 1914 4,20 Mark und im Juli 1919 bereits 14 Mark gekostet, so mussten im Januar 1922 schon 191,80 Mark für einen Dollar bezahlt werden. Im Januar 1923 kostete



▲ *Auf dem Höhepunkt der Inflation verlor die Reichsmark so rasant an Wert, dass die Reichsbank nicht mehr in der Lage war, schnell genug Banknoten mit gültigem Wert nachzudrucken. Stattdessen stempelte man die Noten um, wie diese 1000-Mark-Note vom 15. Dezember 1922, die auf eine Milliarde Mark »verändert« wurde*

der Dollar bereits 17 972 Mark, im August 1923 war die Talfahrt der Mark bei 4 620 455 Mark pro Dollar angekommen und endete am 15. November 1923 mit der Notierung: 1 Dollar = 4,2 Billionen Mark.

Die Besitzer von Sachwerten wurden von der Inflation kaum betroffen. Da die Reichsbank nicht nur dem Staat, sondern auch der Industrie laufend kurzfristige Kredite aus der vermehrten Banknotenausgabe gab, konnten viele Unternehmer ihren Besitz beliebig ausbauen und erweitern und ihre Schuldverpflichtungen mit dem inzwischen weiter entwerteten Geld bezahlen, sodass ihre Neuerwerbungen praktisch nur geringfügige Kosten verursacht hatten. Einige Unternehmer wie der Großindustrielle Hugo Stinnes bauten sich so mithilfe der Inflation ein riesiges Wirtschaftsimperium auf. Auf der anderen Seite wurde der gesamte Mittelstand, der keine Sachwerte, sondern nur Geldersparnisse besaß, durch die völlige Entwertung der gesamten Sparguthaben besonders betroffen und verarmte.

## 10.22 Rentenmark

Nach dem Abbruch des Ruhrwiderstandes gelang es der Regierung der großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann, mit der Währungsreform im November 1923 die Talfahrt der deutschen Mark zu beenden, ohne ausländische Kapitalhilfe in Anspruch zu nehmen. Aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes wurde durch Regierungsverordnung eine Rentenbank errichtet, die ab 15. November 1923 als neues Zahlungsmittel die Rentenmark (= 1 Billion Papiermark) herausgab. Da das Reich nicht genügend Goldvorräte besaß, wurde zur Deckung der neuen stabilen Währung der industrielle und landwirtschaftliche Grundbesitz herangezogen. Grundbesitz, Handel, Banken und Industrie wurden mit einer Hypothek im Wert von 3,2 Milliarden Rentenmark belastet. Dafür gab die Rentenbank 2,4 Milliarden Rentenmarknoten aus, die zur Hälfte an die Reichsregierung und zur Hälfte an die Reichsbank und andere Banken flossen, von denen die Wirtschaft Kredite erhielt.

Das Experiment glückte, die Staatsausgaben wurden gleichzeitig erheblich gedrosselt. Durch Sparmaßnahmen (u. a. durch Gehaltskürzungen) und Steuererhöhungen füllten sich die Staatskassen rasch wieder; auch die Wirt-

schaft erholte sich schnell. Man sprach vom »Wunder der Rentenmark«. Die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen, die das Problem der Reparationen (► 10.18) neu und konstruktiver als bisher regeln konnten, waren nun geschaffen. Im Oktober 1924 wurde die endgültige Währung, die Reichsmark, eingeführt.

## 10.23 Hitlerputsch

In Bayern herrschten seit dem Kapp-Putsch (► 10.15) andere Verhältnisse als im übrigen Reich. Mehr als anderswo hatten sich hier sogenannte Einwohnerwehren gebildet, Selbstschutzorganisationen, die verhindern wollten, dass Linksradikale eine Räterepublik errichteten. Es waren vorwiegend deutschnationale völkische Verbände. Die Abneigung gegen das »rote« Berlin und der Wunsch, in Bayern Sonderregelungen und -interessen durchzusetzen, führten zur Bildung von rechtsgerichteten Koalitionsregierungen, die vor allem von deutschnationalen und der katholischen Bayerischen Volkspartei getragen wurden. Aus einer der zahlreichen völkischen Splittergruppen hatte sich die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (NSDAP, ► 10.35) entwickelt. Ihr Führer war der aus Österreich stammende **Adolf Hitler** (► 11.2). Er war im übrigen Reich nahezu unbekannt, nahm aber in Bayern inzwischen eine Schlüsselstellung zwischen Landesregierung, Reichswehr und nationalen Wehrverbänden in der gemeinsamen Abwehrhaltung gegenüber der Reichsregierung in Berlin ein.

Nachdem die Reichsregierung den passiven Widerstand an der Ruhr abgebrochen hatte, verkündete die bayerische Landesregierung den Ausnahmezustand für das Land, die Führung der in Bayern stationierten Reichswehrverbände weigerte sich, Befehle der Reichsregierung auszuführen. Hitler versuchte nun, die sich immer mehr zuspitzende Situation auszunutzen und die bayerische Regierung zu zwingen, sich offen gegen die Reichsregierung auszusprechen und mit bayerischen Truppen und Wehrverbänden nach Berlin zu marschieren (nach dem Vorbild der Faschisten Mussolini, die mit dem Marsch auf Rom 1922 die Macht in Italien übernommen hatten).

Die Landesregierung versagte sich aber schließlich diesen abenteuerlichen Plänen und ließ am



◀ Nach dem gescheiterten Putsch vom 8./9. November 1923 wurde Adolf Hitler zu fünf Jahren Festungshaft in Landsberg am Lech verurteilt, aus der er bereits nach wenigen Monaten entlassen wurde. Das Bild zeigt ihn (links) während der Haft mit seinen ebenfalls verurteilten Anhängern, zu denen Rudolf Heß (Zweiter von rechts) gehörte

am 11. November 1923 den Marsch der nationalsozialistischen Kolonnen durch München, an deren Spitze neben Hitler der ehemalige kaiserliche General **Ludendorff** (► 9.30) marschierte, vor der Feldherrnhalle durch Polizeieinheiten stoppen und auseinander treiben. Die NSDAP wurde verboten, Hitler und andere Parteiführer wurden verhaftet und zu Festungshaft verurteilt. Mit dem Ende des Hitlerputsches wurde auch der Konflikt zwischen der bayerischen Landesregierung und dem Reich beigelegt.

## 10.24 Dawesplan

Mit der Aufgabe des Ruhrkampfes und der Stabilisierung der Währung waren die Voraussetzungen für eine grundlegende Neuregelung der Reparationen (► 10.18) geschaffen. Hatten die Reparationsverhandlungen bisher noch ganz in der Atmosphäre des Gegensatzes zwischen Siegern und Besiegten stattgefunden, so änderte sich die Situation gegen Ende des Jahres 1923 merklich, nicht zuletzt dadurch, dass die USA als Hauptgläubiger ihre Politik der freiwilligen Isolation aufgaben und wieder an den europäischen Konferenzen verstärkt teilnahmen. Ein unter dem amerikanischen Finanzexperten **Charles G. Dawes** gebildeter Sachverständigenausschuss legte im Frühjahr 1924 einen neuen Finanzierungsplan vor, der das Reparationsproblem ausschließlich unter sachlichen Ge-

sichtspunkten und unter Zugrundelegung des wirtschaftlich Möglichen behandelte.

Eine Gesamtsumme der deutschen Reparationsleistungen wurde auch jetzt noch nicht festgelegt, ebenso die Frage einer zeitlichen Begrenzung nicht angesprochen. Der Plan setzte aber für die nächsten 5 Jahre erträglichere Jahresleistungen fest und erkannte die Notwendigkeit einer Erholungspause für die deutsche Wirtschaft an, zu deren Wiederbelebung eine internationale Anleihe von 800 Millionen Goldmark beigesteuert wurde.

Anstelle der Reparationskommission wurde das Amt des Reparationsagenten in Berlin geschaffen, das den Transfer der deutschen Reparationszahlungen in fremde Währungen durchzuführen und Rücksicht auf die deutsche Leistungsfähigkeit und die Stabilität der Währung zu nehmen hatte. Der Dawesplan wurde von den Rechtsparteien, die seine Ausführung als »Erfüllungspolitik« denunzierten, heftig kritisiert, aber dann doch im Reichstag mit der Mehrheit der Stimmen angenommen, weil ein Teil der DNVP-Abgeordneten unter dem Einfluss der Industrie und der Landwirtschaft dafür stimmte.

## 10.25 Gustav Stresemann

Am 10. Mai 1878 in Berlin geboren, studierte Stresemann Nationalökonomie und wurde Syndikus in einem sächsischen Industriellen-